

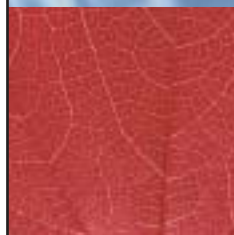
NRW 2015

Ressourcen nutzen
Regionen stärken

Bericht des Zukunftsrates NRW



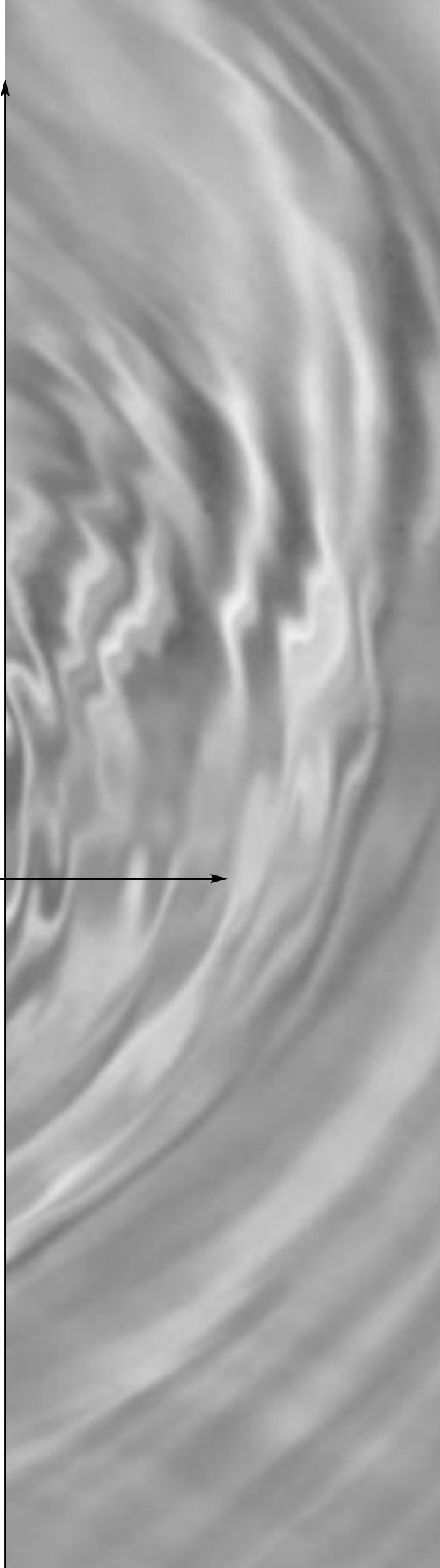
Die
Landesregierung
Nordrhein-Westfalen



NRW 2015

Ressourcen nutzen
Regionen stärken

Bericht des Zukunftsrates NRW



Inhalt

| | |
|--|----|
| Vorwort | 5 |
| Einleitung | 7 |
| Zusammenfassung | 8 |
| 1 Arbeit und Ressourcen – Wachstum und Innovation eine Richtung geben | 13 |
| 1.1 Mehr Arbeitsplätze und weniger Ressourcenverbrauch durch nachhaltige Regionalentwicklung | 15 |
| 1.2 Bessere Rahmenbedingungen für Wissenschaft und Innovation in NRW | 17 |
| 1.3 Ein modernes Fiskalsystem setzt die richtigen Anreize | 20 |
| 1.4 Ein attraktiver Öffentlicher Dienst – der Bürger als Kunde | 21 |
| 2 Bildung für die Gesellschaft von morgen | 23 |
| 2.1 Kompetenz 2015 | 24 |
| 2.2 Lernen für das Leben | 26 |
| 2.3 Eine Schule ohne Selektion | 26 |
| 2.4 Gleiche Chancen bei der Einschulung | 27 |
| 3 Die demographische Entwicklung gestalten – Dynamik, Vielfalt, Erfahrung | 29 |
| 3.1 Dynamik – mehr Kinder in einem elternfreundlichen NRW | 30 |
| 3.2 Vielfalt – Integration von Zuwanderern aus anderen Kulturen | 32 |
| 3.3 Erfahrung – Ältere Mitbürger aktivieren | 34 |
| 4 Lebenswertes NRW | 37 |
| 4.1 Lebendige Natur- und Kulturlandschaften | 38 |
| 4.2 Attraktive Sport- und Freizeitangebote | 40 |
| 4.3 Kultur in ihrer ganzen Vielfalt | 42 |
| Der Zukunftsrat NRW | 45 |
| Mitglieder des Zukunftsrates NRW | 46 |
| Impressum | 48 |

Vorwort

Düsseldorf, den 1. März 2004

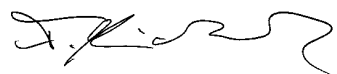
Herr Ministerpräsident Clement bat gegen Ende 2001 eine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern aus allen Lebensbereichen, der Landesregierung Nordrhein-Westfalens Rat zu geben „für die kommende Wirtschaftsreform unter sozial und ökologisch akzeptablen Bedingungen“. Mit dem vorliegenden Bericht kommt der Zukunftsrat NRW dieser Bitte nach.

Für den Zukunftsrat bedeutete „Zukunft“ das Jahr 2015 und danach. Viele Neuerungen müssen jedoch schon heute auf den Weg gebracht werden, um 2015 Wachstum und Wohlstand zu sichern. Der Zukunftsrat zeigt Wege, wie auch angesichts angespannter öffentlicher Finanzen neue Wege zukunftsfähiger Politik beschritten werden können.

Im folgenden Bericht werden viele Bereiche realer Gestaltungsmöglichkeiten angesprochen. Dazu gehören: die Schaffung einer Million neuer und nachhaltiger Arbeitsplätze in NRW; der Umbau des Fiskalsystems; der effizientere Umgang mit natürlichen Ressourcen; ein „Davos“ für Wissen und Innovation auf dem Petersberg; die verbesserte Elternfreundlichkeit und Integration von Zuwanderern in NRW; der Bürger als König Kunde der Verwaltung; effiziente Bildungswege mit frühen Abschlüssen; eine sozial aktive Zeit für Senioren; Sport für alle und NRW als kulturelles Kraftzentrum Europas.

Dieser Bericht geht wunschgemäß an die Landesregierung. Der Zukunftsrat bittet jedoch Herrn Ministerpräsidenten Steinbrück ausdrücklich, diesen Bericht einer breiten Öffentlichkeit verfügbar zu machen und dafür Sorge tragen zu wollen, dass der Diskurs über die Zukunft Nordrhein-Westfalens intensiv weitergeführt wird. Nur wenn Bürgerinnen und Bürger ihre Zukunft mitgestalten, wird Nordrhein-Westfalen den Weg in die Nachhaltigkeit erfolgreich beschreiten können.

Ihr



Prof. Dr. F. Schmidt-Bleek

Vorsitzender

Einleitung

In NRW lässt es sich leben. Das Herzstück von Deutschland wird bis 2015 eine Region mit höchster Lebensqualität in Europa. Mit hervorragendem Bildungsangebot, mit zukunftsfähigen Arbeitsplätzen, gesunder Natur und hochwertigen Kultur- und Freizeitangeboten, eine lebenswerte Heimat.

Um dieser Leitidee nahe zu kommen, hat der Zukunftsrat des Landes Nordrhein-Westfalen Ideen und Vorschläge entwickelt. Ziele mit Bodenhaftung, die Aussicht auf Erfolg versprechen. Die konstituierende Sitzung des Zukunftsrates fand im Herbst 2001 statt. Seine Mitglieder sind Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, aus Kirchen, Kultur und Medien, Sport, Gewerkschaften und dem Umweltschutz, Frauen und Männer in gleicher Zahl.

Nachhaltige Entwicklung ist ein Generationenprojekt. Die Perspektive des Zukunftsrates zielt deshalb über die Tagespolitik hinaus, wesentliche Zielkoordinate ist das Jahr 2015 und perspektivisch 2030. Seine Aufgabe bestand darin, Strategien für eine zukunftsfähige Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen zu entwickeln und Impulse für die inhaltliche und konzeptionelle Orientierung des Agenda 21-Prozesses zu geben. Der Zukunftsrat hat sich auf vier Themenfelder konzentriert: Arbeit, Ressourcen und Innovation; Bildung und Fortbildung; Bedeutung der demographischen Entwicklung für das Land sowie Lebenswertes NRW.

Die Ideen des Zukunftsrates sind in erster Linie auf Nordrhein-Westfalen gerichtet, wohl wissend, dass viele Dinge nicht in der Kompetenz der Bundesländer liegen. In diesem Bericht sind aber auch Vorschläge enthalten, die auf Bundes- und EU-Ebene zielen – in der Überzeugung, dass NRW, als bevölkerungsreichstes Bundesland, dort seinen politischen Einfluss geltend machen kann.

Der Zukunftsrat setzt auf Win-Win-Lösungen; wo immer möglich sollen sie einen dreifachen Gewinn abwerfen: ökonomisch, ökologisch und sozial, gut für Wirtschaft, Natur und Gesellschaft. Dabei wurden die wichtigsten Themen für die Zukunft Nordrhein-Westfalens behandelt, ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Der Zukunftsrat unterbreitet seinem Auftrag gemäß der Landesregierung möglichst konkrete Vorschläge. Der Bericht des Zukunftsrates wendet sich aber nicht an die Politik allein, vielmehr sind alle Bürgerinnen und Bürger des Landes angesprochen: Ein zukunftsfähiges NRW ist nämlich nur gemeinsam zu erreichen. Der Zukunftsrat geht davon aus, dass die Landesregierung einen Diskurs zu den hier unterbreiteten Empfehlungen ins Leben ruft, um so viele Kompetenzen wie möglich zu nutzen und alle Kräfte im Land zu bündeln.

Wir sind an einem Wendepunkt angelangt. Die Dinge werden sich verändern. Von manchem wird man sich verabschieden müssen, das ist nicht immer leicht. Manches wird neu entstehen, zu aller Nutzen und Freude. Jetzt ist die Zeit, in der man Weichen stellen, Engagement entwickeln und gestalten kann. Und zwar gemeinsam.

Zusammenfassung

Nordrhein-Westfalen hat viele Reichtümer. Es sind die Ideen in den Köpfen der Menschen und die Vielfalt ihrer Kulturen; es sind die Talente unserer Kinder, die durch Bildung zur vollen Entfaltung gelangen; es sind Spitzenleistungen in Wissenschaft und Forschung, in den Unternehmen, in Medien und Kultur; nicht zu vergessen das Land, seine Natur und seine Schönheit. Kurz, Nordrhein-Westfalen ist eine der wirtschaftlich stärksten und landschaftlich attraktivsten Metropolregionen Europas, ein Land mit großen Möglichkeiten. Der Zukunftsrat hat sich von dem Gedanken leiten lassen, diese Ressourcen des Landes so intelligent wie möglich einzusetzen und miteinander zu verknüpfen, wo immer es nur geht.

Im Mittelpunkt steht der Mensch. Wenn die Strukturen, in denen wir leben, sich ändern, dann verlangt das den Bürgerinnen und Bürgern des Landes einiges ab. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen die Menschen auf diesem Weg begleiten und sie unterstützen. Die Bürger von Nordrhein-Westfalen haben ein Interesse an zukunftsfähigen Arbeitsplätzen, guten Schulen, an attraktiven Kultur- und Freizeitangeboten, sicheren und sauberen Straßen und einer gesunden, erlebnisintensiven Natur. Es geht um ihre Lebensqualität. Die Menschen lieben ihre Städte und ihre Heimat; dafür sind sie bereit, etwas zu tun.

NRW bietet aber nicht nur seinen Bürgerinnen und Bürgern ein hervorragendes Lebensumfeld, es wird auch attraktiver für Besucher und Touristen, für Unternehmen, die ihren Sitz an Rhein, Sieg oder Lenne wählen, nicht zuletzt für neue Mitbürger, die sich von NRW angezogen fühlen. Nordrhein-Westfalen, eine weltoffene Region, mitten in Europa, die neue Chancen sucht.

In diesem Sinne hat der Zukunftsrat des Landes NRW konkrete Vorschläge entwickelt.

Kreativität und Ideen sind das eine, ein Blick für die Realität und die dramatische Finanzlage das andere. Beides gehört zusammen. Der nordrhein-westfälische Landeshaushalt für das Jahr 2004 weist ein Ausgaben-volumen von 48,6 Mrd. EUR auf, mit einem Defizit von 5,2 Mrd. EUR. Hinzu kommen Schulden in Höhe von 98,8 Mrd. EUR, das entspricht dem Volumen von zwei Jahreshaushalten, Tendenz steigend.

Die Zukunft wirksam zu gestalten erfordert aber finanzielle Freiräume. Wie anders sollen Bildung, Forschung oder Innovation entscheidend vorangebracht werden? Die bisherigen Konsolidierungsanstrengungen der Landesregierung gehen in die richtige Richtung, reichen aber bei weitem nicht aus. Der Zukunftsrat ist der Meinung, dass das Land mindestens 15 % der heutigen Ausgaben einsparen müsste, um neue Gestaltungsräume zu eröffnen. Keine Frage, dass Kürzungen dieser Größenordnung für viele schmerzhaft wären und kurzfristig nicht umzusetzen sind. Aber nur so gewinnt man Handlungsoptionen zurück.

Angesichts der katastrophalen Finanzlage des Landes hat der Zukunftsrat sich selber zum Ziel gesetzt, ein kostenneutrales Maßnahmenpaket zu erarbeiten: Einige Vorschläge erfordern weitere Mittel, andere bringen Entlastung. Mittel für Bildung, Ausbildung, Forschung und Innovation sind nicht als Ausgaben zu werten, sondern als Investition in die Zukunft. Trotzdem gilt auch hier: Mehrausgaben müssen durch Minderausgaben an anderer Stelle kompensiert werden.

Der Zukunftsrat sah es nicht als seine Aufgabe an, Kürzungsvorschläge für konkrete Budgets vorzuschlagen. Darin wäre er auch überfordert. Er empfiehlt aber, entsprechende Vorschläge zu erarbeiten.

Die prekäre Finanzlage der öffentlichen Haushalte zeigt überdeutlich, dass jedwede Ansprüche auf eine Rundum-Versorgung durch den Staat zum Scheitern verurteilt sind. Für eine intelligente und effiziente Staatstätigkeit ist es in einem ersten Schritt notwendig, das derzeitige Gestrüpp von Einzelvorschriften und allgemeiner Überregulierung zu lichten. Die Landesregierung ist auf diesem Weg bereits ein gutes Stück vorangekommen. Selbstverständlich werden die Menschen in Notlagen nicht alleine gelassen. Hauptsächlich brauchen wir jedoch einen aktivierenden Staat, der anregt, kommuniziert und intelligente Rahmenbedingungen für privates Engagement schafft. Der Zukunftsrat schlägt vor, die Rolle des Staates und die Möglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements zum Gegenstand einer breiten Debatte zwischen Politik und den gesellschaftlichen Gruppen zu machen. Die Landesregierung sollte den Diskurs eröffnen.

Nachhaltigkeit heißt, die Herausforderungen von heute auch heute zu bewältigen und nicht auf die Schultern kommender Generationen zu verlagern. Sei es in der Ökonomie, der Ökologie oder im Sozialen. Bisher ist es nicht gelungen, zukunftstaugliche Politik aus einem Guss zu machen. Das muss sich ändern! Der Zukunftsrat leistet einen Beitrag, Zielkonflikte zwischen Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft zukünftig zu verringern. Konkret: Wirtschaftliche Entwicklung und steigende Produktivität sind unabdingbar für den ökonomischen Erfolg. Wenn aber nicht gleichzeitig die Technik sauberer, der Verbrauch von Öl, Land und Wasser zurückgefahren wird, ist nichts gewonnen. Arbeit soll von Abgaben entlastet, Naturverbrauch dagegen stärker belastet werden. Dies wiederum wird der wirtschaftlichen Entwicklung zugute kommen, mit positiven Effekten für den Arbeitsmarkt und das Steueraufkommen.

Nicht zuletzt, der Zukunftsrat setzt auf die Kinder und Jugendlichen in NRW, und zwar aus allen Kulturen. Sie sind die Zukunft schlechthin.

In diesem Sinne hat der Zukunftsrat NRW 13 Säulen für die Entwicklung des Landes erarbeitet:

Kraft und Vielfalt aus den Regionen

Die Kraft, die Ideen und Initiativen kommen in Zukunft von unten, von den Bürgern, aus den Familien, den Unternehmen und Gemeinden, also aus der Region. Viele Projekte, die der Zukunftsrat anregt, bewegen sich auf dieser Linie, sei es in der Wirtschaft, der Bildung, in der Familie oder bei der Integration von Migranten. Das Land sorgt dafür, dass Regionen in einen produktiven Wettbewerb um die besten Ideen und Konzepte in Wirtschaftsförderung, Bildung, Innovation und Soziales treten. Regionen gewinnen als Orte regionaler Identität, wo man sich zu Hause fühlt.

Gelsenkirchen, Bielefeld oder Kleve sind so individuell wie die Bewohner eben auch. Es geht um ihre Ideen, ihre Fähigkeiten, ihre Infrastruktur. Was die Region kann, wissen die Menschen dort am besten.

Wachstum, Ressourceneffizienz und neue Arbeitsplätze

Die Herausforderungen: mindestens eine Million neue Arbeitsplätze für NRW in 2015, ein Wirtschaftswachstum von 3 % bis 3,5 % pro Jahr und eine Verdoppelung der Ressourceneffizienz über die nächsten zehn Jahre.

Hierfür soll das weltweit und auch in NRW erfolgreich erprobte Cluster-Konzept zu einem nachhaltigen Regionalentwicklungskonzept zur Förderung der Wirtschaft

weiterentwickelt werden. Jede Region erhält ihren eigenen „Maßanzug“: aus Schrittmacher-, Basis- und Folgebranchen. Aufgabe für NRW: die Initiativen zu managen, zu coachen und zu vernetzen; das Land sorgt darüber hinaus für das nötige Know-how.

Fiskalsystem umbauen

Ob beim Wohnen, bei der Kleidung, Mobilität, Information oder der Unterhaltung, überall gilt: Gleicher Komfort mit geringerem Naturverbrauch ist machbar. Aus Sicht der Wirtschaft bedeutet das: mehr Wertschöpfung aus weniger Energie und weniger Material.

Dafür muss NRW auch sein Fiskalsystem neu justieren. Einnahmen, Ausgaben, Subventionen werden in Richtung auf eine erhöhte Ressourceneffizienz gedreht. Das Fernziel auf Bundesebene ist eine ausgewogene und wirtschaftlich sinnvolle Belastung der Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Energie/Ressourcen.

Mehr Wissen, mehr Innovationen

Wissen schafft neue wettbewerbsfähige Industrie- und Dienstleistungsfelder – und somit zukunftsfähige Arbeitsplätze. Wissen schafft Innovationen. Innovationen wiederum helfen, alte Zielkonflikte aufzulösen, z.B. weniger Ressourcen- und Flächenverbrauch bei steigendem Wohlstand.

Nordrhein-Westfalen gehört in die Spitze der deutschen und europäischen Forschungslandschaft! Im ersten Schritt müssen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf ein Niveau von 2,1 % des BIP gehoben werden, das der hiesigen Wirtschaftsstruktur gerecht wird. Um das Ziel des Europäischen Rates von Barcelona zu erreichen und die Defizite von heute aufzuholen, ist eine weitere Steigerung auf 3,5 % bis 5 % des BIP notwendig.

Deutschland muss sich im internationalen Wettbewerb der Spitzenforschung und -lehre behaupten. Nordrhein-Westfalen soll bis 2015 mit exzellenten Fachbereichen, Instituten und Hochschulen aus allen Wissensbereichen vertreten sein. Der Standort NRW muss für ausländische Wissenschaftler und Fachkräfte so attraktiv werden, dass sie vermehrt ins Land kommen und ihre Ideen und Erfahrungen einbringen. Generell gilt: Nordrhein-Westfalen braucht mehr Akademikerinnen und Akademiker.

Das Land setzt auf Projekte mit Signalwirkung für den Wissenschaftsstandort NRW. Der Zukunftsrat schlägt ein jährlich stattfindendes Internationales Forum für Wissen

und Innovation auf dem Petersberg bei Bonn vor. Was das World Economic Forum in Davos für die Wirtschaftswelt ist, wird das Petersberg-Forum für die Welt von Wissenschaft und Forschung.

Der Bürger als Kunde

Die Leistungsanreize für Beschäftigte im Öffentlichen Dienst müssen von Grund auf neu gesetzt werden: weniger regel-, mehr ergebnisorientiert. Nur dann finden Bürger und Unternehmen auf den Ämtern die Freundlichkeit und Serviceorientierung, die sie erwarten dürfen. Das Einkommen im Öffentlichen Dienst wird in Zukunft aus einer Basisvergütung und einer – spürbaren – Leistungsvergütung bestehen.

Für die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit von NRW ist die Verwaltung als öffentlicher Dienstleister elementar. Wenn der bisherige, weit gesteckte Leistungskatalog des Staates nicht mehr zu finanzieren ist, müssen die Regeln neu justiert werden. Dieser Prozess beginnt jeweils mit einer Schlüsselfrage: Wie effizient ist der bisherige Umgang mit öffentlichen Mitteln? – Weniger und zielgenauer ist oft mehr. Die Formel lautet: Managen statt verwalten.

Vorschulbildung – Neugier, Lernbereitschaft und Energie

Kinder können lernen, sie wollen lernen und haben Spaß daran; sie bilden sich im Wesentlichen selbst. Jedes einzelne Kind auf diesem Weg zu unterstützen, seine Abenteuerlust zu wecken, zu sehen, was es braucht und was ihm hilft – das ist das Wesen der Vorschulbildung.

Niemals im Leben ist es leichter, eine – weitere – Sprache zu lernen als mit drei, vier oder fünf. So viel Neugier, Lernbereitschaft und Energie kommt nie wieder. Kinder, die in diesem Alter nicht ausreichend gefördert werden, werden ihrer Entwicklungsmöglichkeiten beraubt.

NRW soll seine Kindertagesstätten deutlich aufwerten – allerdings nicht als vorgezogene Schule. Sie folgen dem ganzheitlichen, kindgerechten Ansatz: Lernen durch Spielen, Toben und Musik. Auch sie sollen ganztagig geöffnet sein. Jedes Elternpaar soll sich die Betreuung leisten können, entsprechend ist die Förderung zu dimensionieren.

Darüber ist nicht zu vergessen, dass das Angebot für Unter-Dreijährige deutlich verbessert werden muss. Hier ist vor allem die Sprachförderung von Belang.

Neue Ganztagsbildung in einer Schule für Alle

Viele Erfahrungen in den europäischen Nachbarländern zeigen immer klarer: Kinder, die ganztags die Schule besuchen, können sich besser entfalten. An die Stelle des gegliederten Schulsystems soll eine Schule für Alle treten, von der ersten bis zur zehnten Schulstufe.

Im Kern geht es darum, jede einzelne Schülerin und jeden Schüler individuell zu sehen und zu fördern – Kinder aus bildungsnahen und bildungsfernen Familien, Begabte und weniger Begabte, Kinder von Aussiedlern, von Arbeitsmigranten und von Flüchtlingen. Nur so hebt man sie alle an: die Benachteiligten und die Eliten. Jeder Schüler erhält einen individuellen Lehrplan.

Unterrichtsinhalte und andere Aktivitäten werden in Zukunft über den ganzen Tag verteilt, in der Regel von 8.00 bis 16.00 Uhr. „Hausaufgaben“ gibt es nicht mehr; sie werden in der Schule gemacht. Bildung und Erziehung liegen nicht nur in der Hand von Lehrern, sondern auch von Sozialpädagogen und Kooperationspartnern: z.B. Sportvereinen, Betrieben, Bibliotheken, Religionsgemeinschaften und vielen anderen. So bleiben die Schulen keine Inseln mehr, sondern werden lebendige Teile des Gemeinwesens.

Die einzelnen Schulen erhalten ein großes Maß an Autonomie. Eine Qualitätskontrolle ist fester Bestandteil des Systems, damit Schüler, Lehrer und Schulen allgemeingültige Standards einhalten.

In NRW werden Kinder mit fünf Jahren eingeschult. Im Jahr 2015 ist das Abitur mit 17 in NRW dann Realität. Ein Hochschulabschluss mit 23 ist die Regel. Insgesamt gilt: Der Einstieg in den Beruf soll früher geschehen.

Weiterbildung und lebenslange Qualifizierung eröffnen neue Chancen im Berufsleben. Einrichtungen der Erwachsenenbildung bis hin zu den Universitäten müssen sich darauf einstellen.

Mehr Kinder in NRW

Kinder erziehen, in einer Familie leben muss wieder selbstverständlich werden. Veränderung fängt in den Köpfen an. Deshalb soll NRW mit klaren elternfreundlichen Botschaften werben.

Im Zentrum stehen die Bedürfnisse von Eltern und Kindern. Beispielsweise in den zu gründenden Familienzentren. Schulen und Kindertagesstätten sollen Zug um Zug in komplette Dienstleistungszentren rund um das Kind umgebaut werden: mit Kindertagesbetreuung, Ganztagschule, Erziehungsberatung, ärztlichem Rat,

Einkaufsdienst, Hol- und Bring-Diensten für Kinder berufstätiger Eltern. Es geht nicht darum, den Eltern die Kinder „abzunehmen“, sondern einen leistungsfähigen und flexiblen Service anzubieten, damit Menschen ja zu Kindern sagen, damit sie sich um ihre Familien und ihren Beruf kümmern können.

Die Geburtenrate von derzeit weniger als 1,4 Kindern pro Frau soll bis 2030 auf 1,9 steigen – das gegenwärtige Niveau unseres Nachbarn Frankreich. Der Bevölkerungsverlust würde so deutlich gebremst. Gezielte Zuwanderungspolitik soll dann endgültig die Zahl der Einwohner in NRW stabilisieren.

Zuwanderer machen NRW stark

Sie zahlen Steuern, stützen die sozialen Sicherungssysteme und entschärfen die demographische Entwicklung, sprich: Sie verjüngen die Gesellschaft. Eine geglückte Integration kann NRW den entscheidenden Schub geben, um im Wettstreit der Regionen in Europa bestehen zu können. Die wichtigsten Indikatoren dafür: gute Deutschkenntnisse und steigende Bildungsabschlüsse.

NRW soll einen Wettbewerb der Nachbarschaftsentwicklung auflegen. Die schwierigsten Gebiete, Stadtteile mit hohem Zuwandereranteil, stehen dabei oben an. Eine Förderung mit neuer Qualität: zielgerichtet, koordiniert, aus einer Hand. Der Schlüssel liegt in Schulen und Kindertagesstätten. Regionale Umsetzungsteams erhalten weitgehende Kompetenzen. Entscheidend ist die Zusammenarbeit beider Ebenen: Region und Land.

Erfahrungen der Älteren nutzen

In Zukunft werden ältere Menschen ihre Erfahrung, ihren Überblick, ihre Leistungsfähigkeit stärker einbringen, als dies heute der Fall ist: sehr individuell, je nachdem, wo die Stärken des Einzelnen liegen.

Zwei Modelle bieten sich dabei an. Erstens Hilfe zur Selbsthilfe im direkten sozialen Umfeld, ein generationsübergreifender Tauschring (z.B. Deutschunterricht gegen Hilfe im Alltag, einkaufen, kochen, Sorgen und Nöte anhören etc.). Eine Renaissance der Nachbarschaftshilfe, die familiäre Zusammenhänge zum Teil ersetzen kann.

Zweitens sollen Pensionäre und Rentner für eine Sozial-Aktiv-Zeit gewonnen werden. Dafür gilt es, entsprechende Anreize zu setzen. Eine professionell organisierte Ehrenamtlichkeit nutzt die Erfahrungen der

Menschen – zum eigenen Wohle, aber auch für die Gesellschaft. Viele Erfahrungen zeigen, dass Menschen, die mit Aufgaben betraut sind, länger fit und aktiv bleiben. Die Sozial-Aktiv-Zeit soll direkt auf die Bedürfnisse und Fähigkeiten der Pensionäre und Rentner zugeschnitten sein. Manch einer möchte lieber regelmäßig in einer sozialen Einrichtung tätig sein, ein anderer eher projektbezogen. Agenturen auf kommunaler Ebene koordinieren die Sozial-Aktiv-Zeit.

Vielfalt zwischen Rhein und Weser

Nachdem der Himmel über der Ruhr längst wieder blau ist, geht es darum, die Natur in NRW aufzuwerten, sie reicher, vielfältiger, also schöner zu machen – zur Freude und für die Erholung der Menschen im Lande wie auch unserer Gäste.

Die Landesregierung soll die Potenziale von National- und Naturparks in NRW systematisch zu einem Standbein der wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere für den Tourismus nutzen und entwickeln. Beispielsweise die Nationalparkregion Eifel und einen künftigen Nationalpark Senne. Im Jahr 2015 laden die Flüsse des Landes wieder zum Baden ein. Der Anteil von landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus naturnahem, extensivem oder ökologischem Anbau wird deutlich gesteigert.

Kinder sollen schon früh an das Thema gesunde und abwechslungsreiche Ernährung herangeführt werden. Als ersten Schritt dorthin soll die Landesregierung entsprechende Rahmenbedingungen setzen, damit in allen Schulen ein gemeinsames Frühstück und/oder Mittagessen stattfindet.

Sport verbindet

Sport macht nicht nur Spaß, er hält gesund und fit, Sport fördert vor allem das, was die zukünftige Bürgergesellschaft am dringendsten braucht: gemeinwohlorientiertes Engagement. 200.000 ehrenamtliche Mitarbeiter in den Sportvereinen NRWs ermöglichen es der Jugend bereits heute, Erfahrungen mit Tugenden wie Fairness, Toleranz oder Treue zu machen. Immerhin, jeder zweite Jugendliche ist heute in einem Sportverein organisiert. Dieses Potenzial gilt es zu nutzen!

NRW soll den gemeinnützig organisierten Sport gemeinsam mit privaten Sponsoren unterstützen: sei es mit der täglichen Sport- und Bewegungsstunde an den Ganztagschulen, sei es durch die Förderung der Vereinskultur.

Jede Gesellschaft braucht Vorbilder und Identifikationsfiguren. Spitzensportler, mit ihrer Leistungsbereitschaft und dem entsprechenden Auftreten, haben das Zeug dazu. Deshalb ist eine weitergehende Förderung des Hochleistungssports sinnvoll.

NRW – Kulturelles Powerhouse

Bis zum Jahr 2015 ist Nordrhein-Westfalen ein kulturelles Kraftzentrum von deutschem und europäischem Rang. Als bevölkerungsreiche, multikulturelle, vielfältige, sozial vielschichtige und wirtschaftlich starke Region bringt das Land dafür die besten Voraussetzungen mit. Auf die Avantgarde aus Kunst und Kultur übt NRW eine starke Anziehungskraft aus. Etablierte Hochkultur und provokantes Experiment existieren nebeneinander und stehen im regen Austausch. Attraktive Infrastruktur – Theater, Museen oder Kulturzentren – steht zur Verfügung.

Alle Kulturträger und Kulturproduzenten (Bürgerschaft, Kultursektor, Staat und Wirtschaft) schließen ein Bündnis im Sinne einer kulturpolitischen Allianz. Auf dieser Grundlage werden schlüssige Gesamtkonzepte der kulturpolitischen Aktivitäten entwickelt (Koordination,

Vernetzung, Entbürokratisierung, nachhaltige Finanzierung, bürgerschaftliches Engagement, kulturelle Bildung, identitätsstiftende Ereignisse, Raumplanung, Kultur als Freizeit und Tourismusfaktor).

Ohne eine gesicherte öffentliche Grundfinanzierung ist Kultur gefährdet. Der Anteil nichtstaatlicher Finanzierungsmodelle muss systematisch erschlossen werden. Wegweisend erscheinen hier neben Stiftungen und klassischem Mäzenatentum: marktbasierter Förderfonds, Risikokapitalmodelle, Social Sponsoring, Public-Private- und Public-Public-Partnerships.

Kultur muss die Bürger erreichen, für sie fassbar und erfahrbar sein. Zugleich müssen sie die Verantwortung übernehmen, Kultur aktiv zu fördern und mitzugestalten.

Das Land braucht kulturelle Ereignisse von großer Strahlkraft. Spektakuläre Kunstaktionen (z.B. Christo-Verhüllungen, MoMa-Präsentation in Berlin oder das Centre Pompidou in Paris) erzeugen Aufbruchstimmung und erreichen Menschen, die sonst eher der Kunst abgewandt sind. Neben der Ruhr- und der Musiktriennale Köln sollten weitere hochklassige Reihen entwickelt werden.

Arbeit und Ressourcen – Wachstum und Innovation eine Richtung geben

Wirtschaftskraft stärken

NRW ist das Bundesland mit der höchsten absoluten Wirtschaftsleistung. Damit gehört es zu den größten Volkswirtschaften der Welt. An Rhein und Ruhr leben mehr Menschen als in ganz Skandinavien. Im nationalen und internationalen Vergleich fällt NRW aber immer weiter zurück. Hält diese Wachstumsschwäche weiter an, wird NRW mit seinen 18 Millionen Einwohnern in den nächsten zehn Jahren beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) von etlichen Ländern, auch bevölkerungsschwächeren, überholt; etwa von den Niederlanden mit 16 Millionen Einwohnern.

Das durchschnittliche BIP je Einwohner beträgt 25.690 EUR; damit liegt NRW inzwischen 18 % hinter Hessen, dem Bundesland mit dem höchsten Pro-Kopf-BIP unter den deutschen Flächenländern. Vor 20 Jahren betrug der Rückstand weniger als 8 %. Er wird größer.

Wirtschaftswachstum und Arbeit

Folge der geringen Wirtschaftsdynamik ist eine hohe Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote in NRW war im

Jahresdurchschnitt 2003 mit 10,0 % fast zwei Drittel höher als in Baden-Württemberg, dem Bundesland mit der niedrigsten Quote.

Während der vergangenen Jahre sind in NRW zwar viele neue Arbeitsplätze entstanden, das reicht aber nicht. Selbst wenn sich dieser Trend mittelfristig stabilisieren sollte, wird die Arbeitslosigkeit kaum sinken. Dem fortgesetzten Strukturwandel fallen weitere Arbeitsplätze zum Opfer. Neue Arbeitsplätze – vor allem solche mit hoher Wertschöpfung – werden dringend gebraucht.

Ziel ist es, die Arbeitslosenquote auf rund 5 % zu senken, die Zahl der Arbeitslosen ginge damit um rund 300.000 zurück. Das ist anspruchsvoll – aber machbar. Andere Länder, im In- und Ausland, haben es bereits geschafft: Baden-Württemberg und Bayern, die Niederlande und Österreich.

Die Herausforderung heißt: Mindestens eine Million neue Arbeitsplätze für NRW bis 2015. Dass es deutlich mehr als 300.000 Arbeitsplätze sind, die man schaffen muss, um die Zahl der Arbeitslosen um 300.000 zu reduzieren, liegt daran, dass neue, wettbewerbsfähige

Arbeitsplätze aufgrund nicht passender Qualifikationen nur teilweise mit Arbeitslosen besetzt werden können. Neue Arbeitsplätze gehen daher auch an Menschen aus anderen Regionen. Um eine Million Arbeitsplätze zu schaffen, ist in den nächsten zehn Jahren ein Wirtschaftswachstum von 3 % bis 3,5 % pro Jahr erforderlich. Die Zielmarke liegt niedriger, wenn es gelingt, Wachstum in Bereichen zu generieren, in denen der Faktor Arbeit stärker beansprucht, Ressourcen dagegen in geringerem Umfang eingesetzt werden. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung wäre ein neues Steuer- und Abgabensystem, das die Kosten für Arbeit reduziert. Mehr Beschäftigung könnten auch innovative Arbeitszeitmodelle und ein flexiblerer Arbeitsmarkt bringen.

Energieeffizienz und Ressourcenproduktivität

Energie- und ressourcenintensive Branchen haben in NRW Tradition. Strom aus Kohle zum Beispiel geht auch in den Export, Landschaftsverbrauch und Emissionen bleiben dagegen hier. Die Folge: Im Bundesvergleich erzeugt NRW überdurchschnittlich viel CO₂, auch der Energie- und Ressourcenverbrauch ist vergleichsweise hoch.

Trotzdem, besser isolierte Häuser, sparsamere Motoren, bessere Technik, das alles wirkt bereits: Die Energieeffizienz ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Zukunftsträchtige Potenziale sind vorhanden. Soweit und solange Energieeinsparung die Reduktion des Verbrauchs von Kohle, Gas und Öl bedeutet, geht es auch hier um die Erhöhung der Ressourcenproduktivität – also um die Dematerialisierung der Wirtschaft.

Ähnlich funktioniert der intelligente Umgang mit Rohstoffen. Und zwar in allen Bereichen. Ob beim Wohnen, bei der Kleidung, Mobilität, Information, Unterhaltung, überall gilt: Gleicher Komfort mit geringerem Naturverbrauch ist machbar – eine Steigerung der Ressourcenproduktivität. Für die Wirtschaft heißt das: aus einer gegebenen Menge Material bzw. Energie eine höhere Wertschöpfung generieren. Das Ergebnis ist eine doppelte Dividende, ökonomisch und ökologisch, Win-Win. Das zeigen bereits viele Beispiele aus der Praxis.

In der Papierproduktion kann man z.B. sehen, wie die Ressourceneffizienz in den vergangenen Jahrzehnten geradezu explodiert ist: bis hin zu den heutigen Papiermaschinen, die so groß und so teuer sind wie ein Jumbojet. Das einzelne Blatt Papier wird, verglichen mit früher, nur noch mit einem Bruchteil Holz, Wasser und Energie hergestellt. Es ist dematerialisiert. Häufig werden die Spareffekte aber wieder zunichte gemacht. Das „papierlose Büro“ ist zum Ort der höchsten Papierverschwendung geworden – der Bumerangeffekt.

Die Dematerialisierung ist ein normaler Prozess. Den gilt es zu verstärken und zu beschleunigen.

Innovation ist mehr als Technik

Mit dem Begriff Innovation verbinden viele Menschen neuartige Produkte: das neue Handy, den neuen Super-Chip, alternative Energiequellen oder die schmutzabweisende Fassadenfarbe. Doch Innovation ist mehr als neue Produkte oder Technologie; neue Produktionsverfahren oder -prozesse sowie neue Geschäftssysteme und soziale Innovationen zählen ebenfalls dazu. Alle Arten von Innovationen haben jedoch eines gemeinsam: Ihre Grundlagen sind überragendes Wissen sowie exzellente Ausbildung. Es geht um Menschen, ihre Einstellungen und ihr Know-how.

Das heißt: Unternehmen und Standorte, die innovativ sein wollen, müssen die besten Leute für sich gewinnen und attraktive Arbeitsbedingungen bieten. Das gilt für Wissenschaften und Grundlagenforschung ebenso, wie für anwendungsorientierte Bereiche der Forschung und Entwicklung in Unternehmen und öffentliche Einrichtungen.

Aufgaben des Staates – Fiskalsystem und Öffentliche Verwaltung

Bürger und Wirtschaft ächzen unter der Abgabenlast. Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung hängen ganz überwiegend am Produktionsfaktor Arbeit. Die demographische Entwicklung wird das Problem noch verschärfen (s. Kapitel 3).

Das ist der Hintergrund für die Debatte über die künftige Rolle des Staates, über ein modernes Fiskalsystem und eine effiziente, dienstleistungsorientierte Öffentliche Verwaltung. Diese drei Punkte hängen untrennbar zusammen. Lösungsvorschläge müssen deshalb auch alle drei Dimensionen im Blick behalten.

1.1 Mehr Arbeitsplätze und weniger Ressourcenverbrauch durch nachhaltige Regionalentwicklung

Ressourcenproduktivität steigern

Um nachhaltig zu wirtschaften, darf das Wachstum nicht mit einem erhöhten Ressourcenverbrauch erkauft werden. Zum Vergleich: In den Jahren 1994 bis 2001 betrug die Steigerungsrate der Ressourcenproduktivität auf Bundesebene 21,8 %, das Wirtschaftswachstum lag im selben Zeitraum bei 11,9 %. Wenn das Wirtschaftswachstum nun deutlich gesteigert wird, auf 3 % bis 3,5 % pro Jahr, dann muss auch an der Ressourcenschraube gedreht werden, und zwar in der selben Größenordnung: von einer jährlichen Produktivitätssteigerung um die 3 % auf etwa 6 % bis 7 %. In gut zehn Jahren ergibt sich daraus eine Verdoppelung der Ressourcenproduktivität.

Eine ressourcenextensive, eine dematerialisierte Produktion kennt viele Wege: den Verpackungsanteil reduzieren, die Lebenszeit von Produkten verlängern, Leasingangebote ausweiten, ressourcenintensive Werkstoffe meiden oder durch optimierte Logistik Transporte überflüssig machen. Bis hin zu so genannten Design-to-Cost-Maßnahmen, d.h. ein Produkt von vornherein so entwickeln, dass es mit möglichst geringen Kosten und deutlich reduziertem Energie- und Materialeinsatz hergestellt und genutzt werden kann.

Zukunftsfähiges Design beginnt mit einer einfachen Frage: Welchen Nutzen soll ein Ding haben? Erst danach wird die technische Lösung erarbeitet – ressourcenschonend, profitabel und zuverlässig. Das schließt bewährte Verfahren ebenso ein wie Hightech. Selbstverständlich werden Gefahrenstoffe so weit wie möglich ausgeschlossen.

Zukunftsorientiertes Design fordert systemisches Denken. Entscheidend ist immer das dienstleistungsfähige Produkt oder das Verfahren als Ganzes. Manchmal ist es sinnvoll, für gewisse Teile einen höheren Einsatz von Ressourcen zuzulassen, wenn das der Gesamtoptimierung hilft. Berechnen und vergleichen lassen sich alle Optionen mithilfe der MIPS-Methode (MIPS – material input per service unit). Erfasst wird die Gesamtmenge an natürlichen Ressourcen pro Nutzen-Einheit, und zwar über den gesamten Lebenszyklus.

NRW braucht mehr und bessere Daten für eine umweltökonomische Gesamtrechnung – analog zur Bundesstatistik. Darin sollten nicht nur die Rohstoffe eingehen, die im Produkt selber auftauchen, sondern auch Aushub, Produktionsabfälle, Vorprodukte oder Transportenergie, die lange anfallen, bevor die Dinge auf dem Markt erscheinen – der so genannte ökologische Rucksack.

Erste Schätzungen haben ergeben, dass sich selbst mit heutiger Technik und unter heute gegebenen Rahmenbedingungen erhebliche Sparpotenziale auf tun – ohne Verlust an Lebensqualität! Im privaten Sektor sind es mehr als zehn Milliarden EUR jährlich, bei den öffentlichen Haushalten in NRW immerhin zwei Milliarden.

Neue Arbeitsplätze

Leitziel ist es, den technischen, sozialen und politischen Innovationen eine Richtung zu geben. Es geht um mehr und höherwertige Arbeitsplätze – bei geringerem Ressourcenverbrauch.

An der Schnittstelle zwischen wirtschaftlicher Innovation und Ressourcenproduktivität existieren bereits viele zukunftsfähige Arbeitsplätze. Darauf kann man aufbauen, das Potenzial ist da. Vor allem ergibt sich so eine attraktive Perspektive für die Position von NRW in Deutschland und für den Export.

Nordrhein-Westfalen braucht eine nachhaltige Regionalentwicklung. Die Wertschöpfung steigt, und zwar durch innovative Arbeitsplätze, sowohl in reifen, sich modernisierenden Branchen wie auch in wachsenden Branchen, die neue Märkte erschließen. Besonders attraktiv sind Felder, in denen es gelingt, Win-Win-Effekte zu erzielen, wo die Ressourcenersparnis direkte geldwerte Vorteile bringt und die Wettbewerbsfähigkeit steigert.

Eine neue Richtung fordert neues Denken. Das muss in der Qualifikation der Arbeitnehmer und Manager berücksichtigt werden. Für Arbeitslose gilt selbstverständlich das Gleiche.

Nicht zuletzt, hoch qualifizierte Menschen erwarten für ihre Familien und Unternehmen einen attraktiven Lebensraum. Nur dann kommen sie, nur dann bleiben sie. Das heißt: sichere und saubere Straßen, pünktliche Züge, gute Schulen, hervorragende Kulturangebote, lebendige Wälder und Seen. Lebensqualität eben (s. Kapitel 4).

Nachhaltige Regionalentwicklung

Nordrhein-Westfalen ist keine Insel. Es ist eingebunden in eine Vielzahl von Regelwerken: angefangen beim Steuersystem über Bestimmungen für den Arbeitsmarkt bis zu internationalen Vereinbarungen, die auf Bundes-, EU-Ebene oder sogar global definiert werden. Nordrhein-Westfalen ist das bevölkerungsreichste Land der Bundesrepublik, seine Stimme hat Gewicht. Aber auch die Gestaltungsspielräume auf Landesebene sind

beträchtlich. Also gilt es: auszuloten, miteinander zu reden, zu planen – um schließlich konsequent zu handeln.

Der Kreis Coesfeld oder die Stadt Bonn stehen mit einer Arbeitslosenquote von 6,0 % bzw. 7,7 % vergleichsweise gut da, in Gelsenkirchen aber sind es 17 %, in Herne 15 %. Dafür gibt es keine Lösung von der Stange – jede Region braucht ihren Maßanzug: Das Cluster-Konzept bildet die Vorlage. Ein Cluster ist eine Ballung von Menschen, Ideen, Ressourcen und der dazu gehörenden Infrastruktur, ein komplexes Produktivitätsnetzwerk mit hochdynamischen internen Wechselbeziehungen. Cluster arbeiten lokal, aber auch als überregionales Branchennetzwerk; im Verbund kann es NRW gelingen, seine Kräfte zu bündeln, um weltweite Standards zu setzen.

Beim Cluster-Konzept kann man mittlerweile auf viele und erfolgversprechende Erfahrungen international wie national zurückgreifen; Beispiele sind Dortmund und Wolfsburg. Immer braucht es ein klares Konzept, klare Ziele und Visionen. Es braucht anerkannte Führungspersönlichkeiten aus der Region selber. Es braucht die richtige Mischung aus Wachstumsbranchen, als Schrittmacher, aus Basisbranchen, z.B. Maschinenbau und Logistik, und schließlich die Folgebranchen, Dienstleister oder Einzelhandel. Ein professionelles Management begleitet den Prozess; wenn man nach zwei bis drei Jahren z.B. feststellt, dass sich der Markt verändert hat, heißt es umzusteuern.

Entscheidend ist, dass sich eine Region auf vorhandene Qualitäten konzentriert und konkrete Projekte anfasst; der neu gewonnene Schub führt dann zu weiterem Auftrieb, vor allem bei innovativen Wachstumsbranchen, aber auch in etablierten Kompetenzfeldern. Das Prinzip heißt: Stärken stärken.

Umsetzung

Der Schlüssel zum Erfolg liegt in den Regionen und ihren Branchen. Die Landesregierung NRW soll bis spätestens Ende 2004 begonnen haben, das nachhaltige Regionalentwicklungskonzept zu realisieren. Schritte auf diesem Weg:

- Internationale Erfahrungen mit Clustern sollen in ein Konzept der nachhaltigen Regionalentwicklung einfließen, das speziell auf NRW zugeschnitten ist.
- Für alle NRW-Regionen sind detaillierte Analysen des Status quo zu erarbeiten. Darüber hinaus ist eine landesweite Bestandsaufnahme der Branchennetzwerke zu erstellen. Aus der Gegenüberstellung von Status quo und Zielgrößen auf Landesebene werden Ziele

für die Regionen unter Berücksichtigung landesweiter Branchennetzwerke abgeleitet.

- Die Musik spielt in den Regionen, das Land organisiert und unterstützt. NRW veranstaltet einen Wettbewerb, an dem sich die Regionen mit Vorschlägen zum Cluster-Konzept beteiligen. Wichtig ist, dass die Wirtschaft für die Konzepte gewonnen wird und aktiv teilnimmt.
- Das Land setzt eine zentrale Organisation „Projekt 2015“ in Kraft. Ihre Aufgabe ist es, über eine mit Experten vernetzte Anlaufstelle Know-how für eine nachhaltige Regionalentwicklung bereitzustellen. Sie stellt auch sicher, dass landesweite Ziele erreicht werden. Und sorgt für ausreichende wissenschaftliche Begleitung und das geeignete Projektmanagement.
- Die Aufgabe der Regionen selber besteht darin, regionale Zukunftskonzepte für den Wettbewerb zu entwickeln, zu detaillieren und die Konzepte – in Abstimmung und mit Unterstützung des Landes – umzusetzen.
- Begleitend ist die Summe der öffentlichen und privaten Mittel für Forschungs- und Entwicklungsaufgaben mindestens zu verdoppeln, besser zu verdreifachen: von derzeit 1,8 % des BIP auf 3,5 % bis 5 %.

Das ist keine Kurzstrecke, sondern ein Marathon. Für beide gilt: Wer früher losläuft, kommt meist auch früher an. Im Allgemeinen dauert es fünf bis zehn Jahre, bis sich die gewünschten Effekte in der Regionalentwicklung einstellen. Will NRW bis 2015 einer der attraktivsten Lebens- und Wirtschaftsräume Europas werden, muss es umgehend handeln.

1.2 Bessere Rahmenbedingungen für Wissenschaft und Innovation in NRW

Warum Innovationen so wichtig sind

Deutschland ist ein rohstoffarmes Land. Es gibt jedoch einen „Rohstoff“, der an Bedeutung dramatisch gewonnen hat und weiter gewinnen wird: das Wissen. Wissen schafft Innovationen. Innovationen wiederum helfen, alte Zielkonflikte aufzulösen: weniger Ressourcen- und Flächenverbrauch bei steigendem Wohlstand. Wissen und Innovationen können zu mehr Nachhaltigkeit beitragen und über eine höhere Produktivität zu mehr Wohlstand führen. Wissen wird entwickelt und genutzt, um wettbewerbsfähige Industrie- und Dienstleistungsfelder weiterzuentwickeln und neue zu schaffen. Nur so entstehen zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Das Innovationspotenzial von NRW besser nutzen

Ein zentrales Problem ist die Innovationsschwäche in NRW. Nordrhein-Westfalen verfügt zwar über eine ausgesprochen reiche Wissenslandschaft: immerhin 58 Hochschulen und 88 hochrangige Forschungsinstitute wie die Max-Planck-Gesellschaft, mehrere Fraunhofer-Institute, die Helmholtz-Gesellschaft und andere mehr.

Dieses Potenzial wird aber noch zu wenig genutzt: Mit Köln, Düsseldorf und Aachen liegen nur drei NRW-Regionen unter den führenden 20 der leistungsfähigsten Technologie-Regionen Deutschlands. Es dominieren Bayern, Baden-Württemberg und Hessen.

Unternehmensgründungen leisten den wirksamsten Beitrag zu mehr Beschäftigung. In einer aktiven Gründerszene schafft ein neues Unternehmen durchschnittlich neun Arbeitsplätze. Neue Unternehmen sind häufig im Dienstleistungssektor tätig. Gründungen in technologieintensiven und anderen innovativen Bereichen beeinflussen als Zugpferde die wirtschaftliche Dynamik in ihrer Region positiv, indem sie zum Beschäftigungswachstum in örtlichen Dienstleistungsbranchen und traditionellen Sektoren beitragen. In diesem Bereich bringt NRW jedoch zu wenige Gründungen hervor. In Bayern kommen auf 10.000 Erwerbsfähige 4,8, in NRW sind es durchschnittlich nur 3,5 Gründungen pro Jahr.

Nordrhein-Westfalen investiert außerdem zu wenig in Forschung und Entwicklung. Um wenigstens den Bundesdurchschnitt zu erreichen, müsste NRW – gemessen an seiner Wirtschaftsstruktur – 2,1 % des Bruttoinlandsprodukts ausgeben. Tatsächlich sind es aber nur 1,8 %, deutlich weniger als in den führenden Bundesländern Bayern (2,8 %) oder Baden-Württemberg (3,8 %).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass große Potenziale vorhanden sind, aber leider auch viel Mittelmaß und Versäumnisse. Hochschulen liefern zu wenige Spitzenleistungen, Unternehmen ziehen für ihre Forschungsaktivitäten andere Regionen vor, und die Förderpolitik bringt das Gründungsgeschehen und das Innovationsklima bislang nicht ausreichend in Schwung.

Eine weitere Voraussetzung für mehr Spitzenleistungen ist aber auch eine ausreichend breite Basis. Nordrhein-Westfalen braucht mehr Akademiker – und zwar ohne Qualitätsverlust. Während in vielen europäischen Ländern der Anteil der 25- bis 34-Jährigen mit Hochschul-, Fachhochschul- oder vergleichbarem Abschluss in den vergangenen zehn Jahren drastisch gestiegen ist, blieb er in Deutschland konstant. 1991 hatten 21 % aller Deutschen dieser Altersgruppe einen tertiären Bildungsabschluss, in Frankreich 20 %, in Großbritannien 19 %. Die Zahlen für 2001: Deutschland 22 %, Großbritannien 29 %, Frankreich 34 %. Um das heutige britische bzw. französische Niveau zu erreichen, müsste NRW demnach in den nächsten zehn Jahren zusätzlich ca. 140.000 bzw. 240.000 Akademiker ausbilden.

Mehr Innovationen und exzellente Wissenschaft in NRW

Nordrhein-Westfalen gehört in die Spitze der deutschen und europäischen Forschungslandschaft! Ein anspruchsvolles, aber realistisches Ziel. Im ersten Schritt müssen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf ein Niveau von 2,1 % des BIP gehoben werden, das der hiesigen Wirtschaftsstruktur gerecht wird. Allein dieser erste Schritt bedeutet eine Steigerung der Aufwendungen um eine Mrd. EUR jährlich.

Diese Mittel sollen zu zwei Dritteln durch eine Innovationsoffensive der Wirtschaft und zu einem Drittel durch öffentliche Mittel aufgebracht werden. Das entspricht der Finanzierungsstruktur im Bundesdurchschnitt.

Um in Deutschland und Europa endgültig zur Spitze zu gehören, ist jedoch noch wesentlich mehr notwendig: Der Europäische Rat von Barcelona hat im September 2002 beschlossen, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in der EU bis 2010 auf 3,0 % des BIP anzuheben. Wir bräuchten also eine weitergehende Erhöhung, und zwar auf mindestens 3,5 % des BIP, besser 5 %, um das Ziel von Barcelona zu übertreffen und die Defizite von heute aufzuholen.

Projekte mit Signalwirkung

Projekte, die in der Öffentlichkeit breite Aufmerksamkeit finden, können dazu beitragen, die notwendige Aufbruchstimmung zu erzeugen. Diese Projekte können sowohl institutioneller als auch inhaltlicher Art sein.

Die neue Petersberger Akademie bei Bonn

Landesregierung, Unternehmen, Wissenschafts- und Forschungssektor organisieren alljährlich das Internationale Forum für Wissen und Innovation auf dem Petersberg bei Bonn. Was das World Economic Forum in Davos für die Wirtschaftswelt ist, wird das Petersberg-Forum für die Welt von Wissenschaft und Forschung. Themen des Forums könnten z.B. sein: Visionen und Strategien für die Welt von morgen oder die Präsentation herausragender internationaler Forschungsergebnisse. Weitere Schwerpunkte könnten der interdisziplinäre Diskurs der Wissenschaften untereinander bilden sowie der zwischen Wissenschaft, Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Land und Wirtschaft sorgen für eine Anschubfinanzierung der Akademie. Mittelfristig soll sie sich aus eigener Kraft finanzieren.

Des Weiteren wird auf dem Petersberg ein internationales Wissenschaftskolleg institutionalisiert. Weltweit führende Wissenschaftler und Fachleute aus der Praxis sind dort für jeweils ein Jahr als Fellows tätig. Sie forschen, unterrichten die Petersburg Scholars und geben Fachseminare. Zugleich bereiten sie das jährliche Forum für Wissen und Innovation inhaltlich vor. Bereits vorhandene, wissenschaftlich exzellente Potenziale des Landes sollen in die Arbeit des Kollegs mit einbezogen werden.

Die Petersberg Scholars absolvieren ein zweijähriges Postgraduiertenstudium mit Anbindung an eine Spitzen Einrichtung (Fachbereich, Institut, Hochschule) des Landes im jeweiligen Fachgebiet, um sich auf Führungspositionen in Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung vorzubereiten. Die Abschlussarbeiten münden in einen weltweit maßgebenden wissenschaftlichen Diskurs ein. Dem international besetzten Akademie-Rat obliegt es, Fellows und Scholars auszuwählen und die wissenschaftliche Agenda zu koordinieren. Der Rat wählt dazu jedes Jahr ein Fokus-thema mit besonderer Zukunftsrelevanz und hohem Innovationsgrad aus. Als Mitglieder des Kuratoriums der Akademie werden hervorragende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gewonnen.

Spitzenforschung in NRW

Deutschland muss sich im internationalen Wettbewerb der Spitzenforschung und -lehre behaupten. Nordrhein-Westfalen soll bis 2015 mit exzellenten

Fachbereichen, Instituten und Hochschulen aus allen Wissensbereichen vertreten sein. Im Bereich Ingenieurwissenschaften könnte dies zum Beispiel die RWTH Aachen leisten. Sie belegt bereits heute in Hochschulrankings immer wieder Spitzenplätze und verzeichnet ein weit überdurchschnittliches Drittmittelaufkommen. Die RWTH Aachen ist außerdem sehr international ausgerichtet. Mit 26 Auslandskooperationen und mehr als 5.000 ausländischen Studierenden ist sie weltweit hervorragend vernetzt. Der Anteil ausländischer Studierender liegt mit 17 % deutlich über dem NRW-Durchschnitt (12 %).

Inhaltliche Projekte vorantreiben

Indem es inhaltlich definierte Projekte anschiebt, kann das Land Nordrhein-Westfalen einen wirksamen Beitrag zum Innovationsgeschehen leisten. NRW sollte diese Gestaltungsspielräume aktiv nutzen.

In vielen originären Aufgabenbereichen des Landes verfügt Nordrhein-Westfalen über erheblichen Einfluss als Kunde, der in großem Umfang Produkte und Dienstleistungen nachfragt. Diese Position sollte das Land zukünftig nutzen, um als Pioniernachfrager gezielt Innovationen zu fördern.

Inhaltlich definierte Projekte sind einer breiten Öffentlichkeit besser zu vermitteln als institutionelle Veränderungen, die für Bürgerinnen und Bürger in vielen Fällen nur indirekt erfahrbar sind. Sie lassen sich einfacher mit Zielen und Visionen verknüpfen und sind geeignet, die Unterstützung der Öffentlichkeit für die Innovationsanstrengungen des Landes zu gewinnen.

Inhaltliche Projekte lassen sich aus allen Aufgabenfeldern der Landespolitik ableiten. Besonders attraktiv sind dabei die Bereiche Mobilität, Energie und Wasserversorgung, in denen das Land eine wichtige Rolle spielt. Ein möglicher Vorschlag für ein derartiges Projekt wäre die Vision eines nachhaltig mobilen NRW. Ebenso denkbar sind aber auch andere Initiativen, die einen Beitrag zu Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz in Nordrhein-Westfalen leisten. Diese Projekte sollten über einen Wettbewerb ermittelt werden: für das Land und die Regionen. Eine leistungsfähige, sichere, dabei möglichst ressourcenschonende Verkehrsinfrastruktur bereitzustellen, gehört zu den zentralen Aufgaben der Landespolitik.

Ein Teilprojekt könnte sein: „Nachhaltige Mobilität in einer dicht besiedelten Region“. Das Thema findet in der Öffentlichkeit breites Interesse – beste Voraussetzungen also für ein Innovationspaket, das in viele Bereiche ausstrahlt: Telematik regelt den Verkehrsfluss, neue Sicherheitstechniken in den Fahrzeugen helfen, Unfälle zu

vermeiden. Im Straßenbau gilt es, leichtere und schneller zu verarbeitende Materialien einzusetzen. Die Folgen: weniger Baustellen und somit weniger Staus. Hinzu kommen gut abgestimmte Busse und Bahnen für einen leistungsfähigen Öffentlichen Personennahverkehr. Denkbar ist ebenfalls, die Arbeitszeiten zu entzerren, so würde das Verkehrsnetz während der Spitzenzeiten morgens und abends deutlich entlastet; auch der forcierte Ausbau von Telearbeitsplätzen wäre hilfreich. Insgesamt brächte eine bessere Mobilität in NRW mehr Lebensqualität, weniger Energieverschwendung und eine höhere Produktivität.

Umsetzung

- Für Investitionen in Forschung und Entwicklung müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Aufgabe der Politik ist es, ein Umfeld zu schaffen, das die nötigen Freiräume eröffnet, Kreativität fördert und Planungssicherheit garantiert. In diesem Sinn soll die Landesregierung Ziele formulieren und Visionen aufzeigen.
- Die Landesregierung entwickelt, gemeinsam mit den relevanten Akteuren im Land, ein tragfähiges Konzept für das Internationale Forum für Wissen und Innovation auf dem Petersberg bei Bonn. Neben der inhaltlichen Definition von Anliegen und Zielen gehören dazu ein solides organisatorisches und finanzielles Fundament sowie ein international ausgerichtetes PR-Konzept.
- Nordrhein-Westfalen soll seine Rolle als Kunde aktiv ausfüllen und wichtige Innovationsimpulse als Pionier nachfrager setzen. Damit könnten Innovationen in allen originären Aufgabenfeldern der Landespolitik gefördert werden. Inhaltliche Visionen entstehen in einem Wettbewerb der besten Ideen.
- Die Landesregierung sorgt für eine umfassende Bestandsaufnahme des Wissenschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen. Sie identifiziert dazu Einrichtungen der Spitzenforschung im Land und kartiert sie in Übereinstimmung mit Kriterien der europäischen Forschungspolitik auf einer „Innovationskarte NRW“. Die Ergebnisse sind öffentlich und Referenzpunkte für exzellente Fachbereiche, Institute und Hochschulen.
- Um Spitzenleistungen zu erzielen, bedarf es einer gebündelten und gezielten Forschungsförderung. Im Fokus stehen wettbewerbsfähige, ressourceneffiziente Branchen mit zukunftsfähigen Arbeitsplätzen sowie richtungsweisende Themen in der Grundlagenforschung; die Vergabe öffentlicher Mittel wird mit privaten Investitionsanreizen gekoppelt. Bei der Auswahl

förderungswürdiger Projekte eignen sich Wettbewerbe am besten; professionelles Management und Kontrolle der Ergebnisse bei der Mittelvergabe sind unverzichtbar. Durch den gezielten Aufbau von Innovations-Regionen in enger Kooperation zwischen öffentlichen Forschungseinrichtungen und der Unternehmensforschung, beispielsweise rund um die Universität Dortmund, wird die Effizienz der Forschungsförderung erhöht, ebenso durch die Spitzenforschung an den Universitäten. Dazu gehört auch eine gezielte Einbindung in die europäische Forschungslandschaft.

- Stärkung der Internationalität – vom „brain-drain“ zum „brain-gain“. Der Standort NRW muss für ausländische Wissenschaftler und Fachkräfte so attraktiv werden, dass sie vermehrt ins Land kommen und ihre Ideen und Erfahrungen einbringen. Es geht um ein liberales internationales Umfeld mit attraktiven Arbeitsbedingungen. Gerade in den Hochtechnologien ist der internationale Austausch unverzichtbar. Das gilt besonders für Professorinnen und Professoren. Um an Spitzenhochschulen im Ausland wie Oxford oder das MIT heranzureichen, muss NRW seinen Ausländeranteil unter den Universitätsangehörigen verdoppeln oder gar verdreifachen; derzeit liegt er bei knapp 12 %. Zum Vergleich: Bei den Neueinschreibungen an der RWTH Aachen kommen derzeit 24 % der Studierenden aus dem Ausland. Internationalität ist dabei keine Einbahnstraße. Sowohl die Ziel- als auch die Herkunftsländer ausländischer Wissenschaftler und Fachkräfte profitieren von internationalem Austausch und der Tätigkeit der Expatriates (wörtlich: die das Vaterland verlassen haben). Das gilt gleichermaßen für hoch entwickelte Länder wie für Staaten, die sich noch in einem Aufholprozess befinden. Ziel ist der kreative Austausch, nicht die Ausbeutung von Wissensressourcen.
- Wettbewerb und Gründergeist an die Hochschulen. Der Sprung von der Wissenschaft in die Wirtschaft bedarf einer gezielten Vorbereitung und Ausbildung. Der umgekehrte Weg – von der Praxis in die Wissenschaft – kann ebenso hilfreich sein und der besseren Vernetzung von Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft dienen. Auf den Lehrplan gehören mehr Veranstaltungen, in denen unternehmerisches Wissen speziell an Ingenieure und Naturwissenschaftler vermittelt wird. Unternehmen könnten diese (mit-)finanzieren und als Plattform nutzen, um ihrerseits Nachwuchs zu gewinnen.

Um die Voraussetzungen für mehr Innovation nachhaltig zu verbessern, muss mehr in Wissen und Bildung investiert und das Bildungssystem umgebaut werden. Das betrifft die ganze Bildungskette. Vielfalt und Qualität frühkindlicher Lernerfahrungen müssen erhöht werden. Die Bildungseinrichtungen brauchen mehr Freiräume statt starrer Vorgaben. Von der Grundschule bis zur Universität muss es eine einheitliche Qualitätsmessung und -sicherung geben, damit Bildungsstandards gesichert werden können.

Durch den geringen privaten Anteil an Finanzierungen fehlen den Hochschulen erhebliche Mittel. Studiengebühren in Höhe von 2.000 bis 4.000 EUR pro Jahr wären nötig, um zusätzliche freie Mittel zu generieren, Qualität sicherzustellen und die Selbstverantwortung der Studierenden zu stärken. Diese Mittel müssen den Hochschulen selbstverständlich netto verbleiben. Wir dürfen kein Talent verschwenden. Um jedem geeigneten Studienbe-

werber unabhängig von seiner finanziellen Situation ein Studium zu ermöglichen, wird ein neues Fördersystem eingeführt, z.B. ein elternunabhängiges, zinsvergünstigtes Darlehen. Die Auszahlung wird an den Studienfortschritt gekoppelt, die Rückzahlung setzt mit Beginn der Berufstätigkeit ein, und zwar über einen Zuschlag zur Einkommensteuer.

Innovation ohne Bildung ist nicht denkbar. Der Zukunftsrat weist daher ausdrücklich auf die Notwendigkeit einer engen Verknüpfung dieser Empfehlungen mit den Vorschlägen des Rates zur Zukunft der Bildung in NRW und das entsprechende Kapitel in diesem Bericht hin.

Die Handlungsempfehlungen sind komplex und zum Teil nur langfristig und in Abstimmung mit der Bundesebene zu realisieren. Einzelne Maßnahmen oder Projekte mit Signalwirkung lassen sich dagegen schnell und mit geringen öffentlichen Mitteln umsetzen.

1.3 Ein modernes Fiskalsystem setzt die richtigen Anreize

Steuern, Subventionen und Abgaben zurückfahren – Zukunftsinvestitionen stärken

Nordrhein-Westfalen setzt sich dafür ein, Steuern, Subventionen und Abgaben auf ein Maß zu reduzieren, das das Land in die Lage versetzt, seine Kernaufgaben effizient zu erbringen. Frei werdende Mittel gehen vor allem in Bildung, Innovationsförderung und Infrastruktur.

Bis zum Jahr 2015 setzt NRW im Rahmen seiner Möglichkeiten Maßstäbe für den Umbau des Fiskalsystems. Die Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Energie/Ressourcen werden in Richtung auf ihren tatsächlichen Anteil an der Wertschöpfung besteuert. Ziel ist eine nachhaltigere Struktur des Faktoreinsatzes. Der Weg führt über Stufen, in seinem Verlauf wird die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft des Landes gestärkt.

Heutige Steuerbelastung: ineffizient und nicht nachhaltig

Das Steuer- und Abgabensystem lenkt in die falsche Richtung. Es verteilt die Lasten ineffizient und ungerecht.

Die derzeitige Kostenstruktur in der Produktion sieht u.a. bedingt durch die Abgabenstruktur so aus: 70 % für Arbeit, 25 % für Kapital und nur 5 % für Energie. Ein völlig anderes Bild ergibt sich, wenn man fragt: Wie hoch sind die Beiträge für das, was schließlich rauskommt, die materielle Wertschöpfung, denn wirklich? Empirische

Untersuchungen für die USA, Japan und Deutschland haben gezeigt, dass sich die Wertschöpfung in der Industrie bei einer einprozentigen Änderung des Energieeinsatzes genauso stark verändert wie bei der Änderung des Arbeits- und Kapitaleinsatzes um zusammen ein Prozent. Mit anderen Worten: Arbeit ist im Verhältnis zu ihrem Beitrag zum Produktionsergebnis teuer. Energie dagegen trägt verhältnismäßig viel zum Produktionsergebnis bei, kostet aber relativ wenig.

Rationalisieren heißt unter diesen Vorzeichen: Arbeitsplätze abbauen! Auch und vor allem weil die sozialen Sicherungssysteme heute fast ausschließlich an der Arbeit hängen. Der Arbeitsmarkt wird vom Wirtschaftswachstum abgekoppelt. Die Folgen: sinkende Steuereinnahmen und steigende Sozialleistungen. Ein Teufelskreis, in dem der Spielraum des Staates für Vorsorge- und Nachhaltigkeitsaufwendungen immer geringer wird. Dabei ist es, der die Regelwerke prägt. Nur er kann sie auch ändern.

Notwendig ist daher eine Neujustierung des Optimalpunkts bei der Wahl des Ressourceneinsatzes. Der ökonomisch rationale Mix beim Einsatz der Ressourcen Arbeit, Kapital, Material/Energie muss sich in Richtung auf mehr Arbeit bei weniger Material- und Energieverbrauch verschieben. Die intelligente Gestaltung der Regelwerke leistet dazu einen entscheidenden Beitrag.

Umsetzung

Gestaltungsmöglichkeiten sind vorhanden. Vor allem auf Landesebene muss NRW Steuern und Abgaben in eine neue Richtung lenken. Über den Bundesrat sollte es die Initiative ergreifen, um ein neues Fiskalsystem auf die Schiene zu setzen. Fernziel ist eine ausgewogene Belastung der Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Energie/Ressourcen. Dabei soll und kann die Steuer- und Abgabenlast für Bürger und Unternehmen verringert werden.

In der Steuergesetzgebung ist die Kompetenz der Länder vergleichsweise schwach, stärker dagegen bei den Abgaben. Das sollte NRW nutzen. Neue Abgaben sollen nicht im großen Steuertopf versickern. Vielmehr fließen sie an den Bürger zurück – und zwar so, dass es für ihn auch direkt spürbar ist. Am Ende eines Jahres bekommt jeder Bürger vom Land einen Zukunfts-Scheck zurück: in Höhe der durchschnittlichen Pro-Kopf-Einnahmen aus Nachhaltigkeitsabgaben. Bürgerinnen und Bürger, die sich umweltbewusst verhalten, werden also doppelt belohnt. Selber zahlen sie nur wenig, bekommen aber etwas davon zurück, was andere mehr entrichtet haben.

Nicht nur bei der Einnahmen-, auch auf der Ausgabe-seite muss umgeschichtet werden. Ein schlagkräftiges Umsetzungsteam „Fiskalsystem“ im Rahmen der Projektorganisation „Projekt 2015“ durchkämmt die gesamten Ausgaben und Subventionen des Landes mit Blick auf eine zielorientierte und effiziente Vergabe. Das

Umsetzungsteam muss der Öffentlichkeit gegenüber regelmäßig Rechenschaft über seine Tätigkeiten und Finanzen ablegen.

In vier Punkten zusammengefasst funktioniert der Umbau so:

1. Der Abbau von Subventionen, die Konzentration auf Kernaufgaben und die Steigerung der Effizienz in der Verwendung öffentlicher Mittel reduzieren den Bedarf an Steuern und Abgaben.
2. Es werden mehr Mittel aufgewandt für Bildung und Innovationsförderung.
3. Ziel sollte es sein, in der Saldierung dennoch zu einer Verminderung der Steuer- und Abgabenlast zu kommen.
4. Der verbleibende Umfang der Steuer- und Abgabenlast wird in Richtung einer ausgewogenen Belastung der Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Energie/Ressourcen umgeschichtet. Um die Glaubwürdigkeit und öffentliche Akzeptanz für eine Umschichtung nicht zu gefährden, muss die Einführung neuer Abgaben oder die Erhöhung von Abgaben zu jedem Zeitpunkt mindestens mit einer gleichen Entlastung an anderer Stelle transparent korrespondieren. Es sollte geprüft werden, inwieweit zusätzlich ein Teil der Abgaben direkt an die Bürger zurückgezahlt werden kann.

1.4 Ein attraktiver Öffentlicher Dienst – der Bürger als Kunde

Verwaltung als Standortfaktor

In Zukunft ist der Bürger, sei er Privatperson oder Unternehmer, auf Ämtern und Behörden keine Nummer mehr – sondern einfach Kunde. Angestellte und Beamte handeln flexibel, verantwortungsbewusst und sind hoch motiviert. Nicht zuletzt, weil sie anders bezahlt werden: nach ihrer Leistung.

Dabei ist die Bedeutung der Verwaltung kaum zu überschätzen. Im globalen Wettbewerb konkurrieren nicht nur Unternehmen, sondern auch Staaten und Regionen miteinander. Für den Erfolg eines Landes ist die Verwaltung in nahezu allen Lebensbereichen mitentscheidend. An ihr hängt die Qualität von Forschung, Bildung und Gesundheit, sie verantwortet Sicherheit, Transport und Verkehr, sie überwacht den Umweltschutz, schafft Freizeitwerte und Lebensqualität, nicht

zuletzt, sie wendet die Rechts- und Steuerungssysteme an. Will NRW in die Spitzengruppe der attraktiven Regionen Europas, ist eine exzellente Verwaltung ein Muss.

Perspektiven des Öffentlichen Dienstes

NRW unternimmt Anstrengungen zum Abbau der Bürokratie, die in vielen Bereichen nach wie vor zu stark regel- und zu wenig ergebnisorientiert arbeitet. An vielen Stellen mangelt es an Wettbewerb und damit an Anreizen, die Leistung zu steigern. Der Bürger erlebt das häufig als mangelnde Freundlichkeit und Serviceorientierung; potenzielle Investoren werden durch bürokratische Hürden verschreckt; Aufwand und Nutzen klaffen auseinander. Ein zentrales Problem ist das Zuschusswesen, soweit Ziele, Investitionsentscheidungen, Mittelbereitstellung und Qualitätskontrolle nicht hinreichend mitein-

ander verknüpft sind. Das muss sich ändern! Die Führungskompetenz der Vorgesetzten der deutschen Verwaltung ist oft nur schwach entwickelt. Das Entgeltssystem ist weder plausibel noch leistungsorientiert, und die Versorgungsproblematik für Beamte ist langfristig ungelöst. Hinzu kommen ausgesprochen hohe Krankenzustände und eine große Zahl von Frühpensionierungen.

Viele dieser Mängel wurzeln im gegenwärtigen öffentlichen Dienstrecht. Der Graben zwischen Beamtenrecht einerseits und dem Recht der Arbeiter und Angestellten andererseits verursacht Reibungsverluste und schürt Unzufriedenheit. Das Paragraphendickicht im öffentlichen Dienstrecht hat zu einer Überregulierung und unnötigen Kompliziertheit der Normen geführt, eine effiziente Rechtsanwendung wird erschwert. Leistungsanreize sieht das Tarifrecht in ebenso geringem Umfang vor wie das Beamtenrecht. Viele Leistungsträger haben das Gefühl, im Öffentlichen Dienst nicht das Umfeld zu finden, das ihnen maximale Entwicklung ermöglicht. Der Öffentliche Dienst selber scheint kaum eine realistische Chance zu haben, Köpfe mit substanziellen Erfahrungen aus anderen Bereichen zu gewinnen. Mit einem Wort: Die Durchlässigkeit muss verbessert werden, für Menschen, ihre Ideen und ihr Know-how.

Umsetzung

- Der bisherige weit gesteckte Leistungskatalog der öffentlichen Hand ist in Zukunft nicht mehr machbar. Staat und Kommunen werden sich auf Kernaufgaben konzentrieren müssen. Weitere notwendige Aufgabenfelder gehen an öffentliche Unternehmen oder werden im Rahmen privat-öffentlicher Zusammenarbeit (Public-Private-Partnership) bzw. Kontraktmanagement erledigt. Für alle Aufgaben werden konkrete Ziele und Qualitätsstandards gesetzt.
- Die Anschaffungen des Staates und seine Investitionen werden künftig nicht nur nach Kosten und Qualität bewertet, sondern auch nach ihrer Ressourceneffizienz. Immerhin, 15 % bis 20 % der Produkte und Dienstleistungen auf dem Markt kauft der Staat. Wenn er dabei gezielt die Ressourceneffizienz beachtet, ist das auch ein starkes Signal an die Wirtschaft.
- Nicht jedes Detail muss per Gesetz geregelt werden. In Zukunft heißt die Leitlinie: Generalklauseln und konkrete Zielvorgaben statt komplexer und detaillierter Regelwerke. Die Politik wird sich gegen die überzogenen Ansprüche von Interessengruppen immunisieren müssen. Entbürokratisierung soll da beginnen, wo sie am meisten bringt: beispielsweise im Steuerrecht, beim Förderwesen oder bei den Sozialversicherungen.
- Managen statt verwalten. Die Organisationsstrukturen sowie die Qualifikation der Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst müssen sich an den Aufgaben orientieren – nicht umgekehrt! Konkret: mehr Bürger- und Kundenorientierung, mehr unternehmerisches und wirtschaftliches Denken und Verhalten, mehr qualifizierte Führung. Der Weg dorthin führt über eine weitgehende Dezentralisierung und Entflechtung von Aufgaben und Zuständigkeiten. NRW braucht eine Verwaltungsreform, die nur noch zwei feste Ebenen kennt: Land und Kommunen; damit entfällt die Ebene der Regierungsbezirke. Dazwischen, auf regionaler Ebene, herrschen flexible Strukturen vor, z.B. Zweckverbände und befristete Kooperationen, die von Gemeinden, Städten und Kreisen gemeinsam getragen werden.
- Die entscheidungsbefugten und demokratisch legitimierten Körperschaften sollen künftig mit pauschal zugewiesenen Mitteln ausgestattet werden, über die sie nach allgemeinen Grundsätzen selber entscheiden können.
- Verfahrens- und Gestaltungsvorschriften für projektbezogene Mittel für öffentliche und private Vorhaben (z.B. Verkehr und Krankenhäuser) müssen erheblich entbürokratisiert werden. Von den Mittelempfängern muss eine stärkere Verantwortung für das Ergebnis verlangt werden, und zwar nachweislich. Der Erfolg des Vorhabens sollte dabei stets im Zentrum stehen.
- Das Dienstrecht soll vereinheitlicht und an das allgemeine Arbeitsrecht angeglichen werden. Innerhalb dieses Rahmens werden Arbeitskämpfe und Kündigungsschutz geregelt. Das Einkommen soll aus einer Basisvergütung und einer – spürbaren – Leistungsvergütung bestehen. Darüber hinaus braucht NRW eine Durchlässigkeits-Offensive. Und zwar in beide Richtungen: in den Öffentlichen Dienst hinein wie auch aus dem System heraus, für Mitarbeiter, Wissen und Know-how. Speziell für diese Aufgaben wird eine eigene Personalvermittlungsstelle eingerichtet.

Zusammengenommen ist der skizzierte Weg deutlich mehr als eine Reform des Öffentlichen Dienstes, sondern auch eine Verwaltungsreform mit erheblichen sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Vorteilen. Ein unverzichtbarer Baustein für den deutschlandweit so dringenden Reformprozess. Nordrhein-Westfalen sollte sich an die Spitze stellen.

Bildung für die Gesellschaft von morgen

Eine grundlegende Bildungsreform für NRW

Das deutsche Bildungswesen steht im internationalen Vergleich nicht gut da. Das wissen wir spätestens seit der Pisa-Untersuchung. Nordrhein-Westfalen nimmt, verglichen mit den anderen Bundesländern, nur einen bescheidenen Platz in der nationalen Rangskala ein. Das muss sich grundlegend ändern! So sind die Herausforderungen nicht zu bestehen, denen sich bereits die nächste Generation gegenüber sieht.

Wenn Wissen die Ressource der Zukunft ist und Bildung die Voraussetzung, dann muss das Land in der Bildung neue Wege gehen. Ansätze dazu sind sehr wohl zu sehen. Sie müssen aber konsequent weitergetrieben werden.

Die Spaltung der Städte in privilegierte und benachteiligte Wohngebiete verfestigt sich. Ein soziales Gefälle zwischen verschiedenen Stadtteilen gab es zwar schon immer und folglich immer schon unterschiedliche Bildungschancen, verglichen mit den 50er und 60er Jahren werden die sozialen Unterschiede aber schärfer. Vor

allem in Großsiedlungen leben viele Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen und aus Zuwandererfamilien teilweise bereits in ethnischen Ghettos. Bildungsorientierte Eltern dagegen haben die Möglichkeit, ihre Kinder auf der Wunschschule unterzubringen oder privat zu fördern.

Nach wie vor entscheidet die soziale Herkunft wesentlich über den Schulerfolg. Die Schulen selber sind immer weniger in der Lage, diese Unterschiede auszugleichen. Die Hauptschule verkommt zur Restschule für die, die es nicht schaffen. Die Bildungseinrichtungen insgesamt hinterlassen eine breite Spur von Schulschwänzern, Bildungsunwilligen, Resignierten ...

Dabei braucht NRW seine Kinder, seine Talente – und zwar alle! Auch weil hierzulande nicht genug Babys geboren werden. So viel steht heute bereits fest: Nordrhein-Westfalen wird weniger Kinder und Jugendliche haben (s. Kapitel 3). Außerdem werden die Menschen in Zukunft noch mobiler sein. Nicht nur Unternehmen, sondern auch Länder und Regionen konkurrieren um die besten Köpfe. Dem kann sich NRW nicht entziehen.

Die wissenschaftlichen Institute und Labore arbeiten weiter, der technische Fortschritt wird seine Geschwindigkeit nicht mindern – im Gegenteil. Das Wissen der Menschheit wächst in einem Tempo wie noch nie. Der Schlüssel für den beruflichen Erfolg heißt Qualifikation, mangelnde Qualifikation führt in die Arbeitslosigkeit.

Im Jahr 2015 kommen 60 % der Großstadtkinder aus Familien, deren Eltern oder Großeltern zugewandert sind. Jedes Mädchen, jeder Junge, ob sie zu Hause deutsch, türkisch oder polnisch sprechen, Nordrhein-Westfalen setzt auf sie alle, ihre Ideen, ihre Lebensfreude, ihre Kultur. Kinder von Zuwanderern dürfen nicht in die Arbeitslosigkeit abrutschen. Dafür haben sie zu viele Talente. Auch sie sollen zum Wohlstand des Landes beitragen.

Deshalb braucht NRW ein Bildungssystem für alle, für jeden einzelnen, so unterschiedlich sie auch sind. Denn die Zukunft wird aus Wissen gemacht. Im Jahr 2015 verfügt NRW über eine völlig neue Schule: nämlich ganztags. Lernstoff, Zeit für Hausaufgaben und Entspannung werden über den ganzen Tag verteilt. Jeder Schüler erhält seinen individuellen Lehrplan. Die Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten setzt bereits in den Kindertagesstät-

ten ein – allerdings spielerisch: Im Zentrum steht die kindliche Freude am Lernen.

Regionalisierung findet auch im Bildungsbereich statt. Schulen sind keine Inseln mehr, sondern lebendige Teile des Gemeinwesens. Außerdem erhalten sie Autonomie: Sie sollen selber entscheiden können, welche Lehrer sie einstellen oder entlassen und wie sie ihre Ziele erreichen wollen. Allerdings im Rahmen eines landesweiten Qualitätsvergleichs; allgemeine Standards, für jede Schule, für jeden Schüler, sind garantiert.

Geld, das in die Bildung geht, ist keine Ausgabe, sondern Investition: in Kinder und deren Zukunft – Nachhaltigkeit im besten Sinne. Nordrhein-Westfalen muss Mittel für Bildung, Forschung und Entwicklung effektiver einsetzen, es braucht aber auch eine grundlegende Bildungsreform. Und zwar rasch. Notwendige Finanzmittel sollen durch Umschichtung im Bildungsbereich selber, z.B. durch höhere Belastungen in Hochschulen (s. Kapitel 1.2) und Weiterbildungsinstitutionen, aber auch durch Zuflüsse aus anderen Sektoren beschafft werden.

2015 spielt Nordrhein-Westfalen in der Pisa-Nachfolge-Studie im bundesdeutschen Vergleich wieder ganz oben mit.

2.1 Kompetenz 2015

Bildung ist mehr als Schule

Die Welt wird komplizierter werden. Was heute gelernt wird, ist morgen vielfach nicht mehr gültig. Die technische Entwicklung ist rasant und wird es bleiben. Wenn verschiedene Kulturen, Religionen und Mentalitäten aufeinander treffen, kommt es immer häufiger zu Situationen, in denen es kein klares Schwarz-Weiß mehr gibt – und doch muss man sich entscheiden. Das setzt voraus: sich auf Fremdes einlassen können, verstehen, auch kommunizieren, aushandeln und handeln. Um irgendwann sagen zu können: Einverstanden! – oder: Das ist nicht das, was ich will!

Eine klare Linie in ein Bild aus Grautönen zeichnen – auch darum geht es in Zukunft. Deshalb braucht die Zukunft einen neuen Bildungsbegriff: verstanden als umfassenden Prozess der Entwicklung und Entfaltung von Menschen, ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten. Dazu zählt selbstverständlich Lernen, vor allem kognitives; es geht aber auch darum, Leistungspotenziale und Verantwortungsbereitschaft zu entfalten, und zwar auf vielen Gebieten; es geht um kompetentes Handeln, um Problemlösungen und darum, menschliche Beziehungen gestalten zu können.

All dies findet in einem klar gegliederten Bildungssystem seinen Platz: mit Elementarbereich und Schule; wenn auch anders als heute. Außerdem berufliche Bildung und Weiterbildung, damit Kompetenzen erhalten und weiter ausgebaut werden. Und schließlich die Universität.

Entscheidend ist, dass die Mitspieler im Bildungsprozess sich als Team verstehen. An erster Stelle der Lernende selber, dann die Familie, hinzu kommen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, Sportvereine (s. Kapitel 4.2) und andere Jugendorganisationen sowie die Bildungseinrichtungen. Vor allem eine Schule, die in der Wirklichkeit, in ihrem konkreten Umfeld verankert ist.

Die Bildungslandschaft der Zukunft speist sich also aus den Regionen. Schüler, Eltern, Lehrer und Erzieher, jeder für sich, jede Gruppe auf ihre Weise, haben ein elementares Interesse an Bildung. Folglich soll auch die Verantwortung für jede Kindertagesstätte, jede Schule an diesen Ort. Genauer: Es sollen Verantwortungsgemeinschaften wachsen, zusammengesetzt aus Mitgliedern der Bildungseinrichtungen selber, aber auch aus der Nachbarschaft, beispielsweise der mittelständischen Wirtschaft, den Sportvereinen und örtlichen Religionsgemeinschaften.

In der Region kann – wie im Modellprojekt „Selbständige Schule“ in NRW gezeigt – eine staatlich-kommunale Verantwortungsgemeinschaft entstehen; alle Akteure des Bildungswesens arbeiten gemeinsam an einer Qualitätssteigerung. Die Bildungseinrichtungen benötigen dafür größere Eigenverantwortung und Gestaltungsfreiräume. Hinzu kommen fachliche Beratung und Qualifizierung, um die Qualität des Unterrichts, das interne Management und systematische Kooperationen in der Region zu verbessern. Die Leistungen und Ergebnisse dieser Prozesse werden in der Öffentlichkeit kommuniziert.

Bildung für die Zukunft heißt auch, die Ungleichheit in der Weiterbildung zu verringern. Gasthörer der Universitäten oder Besucher der Volkshochschule sind meist Menschen aus bildungsorientierten Schichten. Weniger vertreten sind Hausfrauen, Schichtarbeiter und -arbeiterinnen, Männer und Frauen aus Zuwandererfamilien. Weiterbildung für alle Gruppen vermittelt eine tiefere Allgemeinbildung und eröffnet neue Chancen im Berufsleben. Einrichtungen der Erwachsenenbildung bis hin zu den Universitäten müssen sich darauf einstellen.

Ziele

Ziel von Bildung ist es, jedem Kind die Chance zu geben, seine Begabungen zu entfalten und Kompetenzen zu entwickeln, die eine Gesellschaft braucht. Ob Mädchen oder Junge, ob aus deutschen oder Zuwandererfamilien, aus bildungsnahen oder bildungsfernen Schichten, ob Stadt oder Land. Ziel muss es weiter sein, jedem Menschen zu ermöglichen, soziale Kompetenzen zu erwerben und seine Begabungen, Fähigkeiten und Kenntnisse so lange wie möglich zu bewahren und auszubauen, um sie in Gesellschaft und Arbeitswelt einzubringen, aber auch um persönlich Gewinn daraus zu schöpfen. Bildungsangebote müssen in allen Lebensphasen zur Verfügung stehen.

Die Zukunft der Arbeit hat viele Facetten. Statt klarer Arbeitsbiographien, wie es noch vor wenigen Jahren war, wird die Arbeitswelt vieler Menschen flexibler und komplizierter sein. Der Einzelne wird sich darauf einstellen müssen, mehr Entscheidungen zu treffen, sein Leben stärker zu gestalten; darin liegen auch Chancen.

Globalisierung und Zusammenwachsen in Europa sind Herausforderungen. Neue Wege tun sich auf. Bildung heißt deshalb auch: Lernen für ein Handeln in einer globalen Welt und in Europa.

Kernkompetenzen

- **Lernen lernen.** Sich selber Lernziele setzen, kleine oder große, und die auch selbständig erreichen. Lernen soll Spaß machen – aber das ist keine Garantie. Frustration lässt sich nicht immer vermeiden. Nur wer damit umgehen kann, wird z.B. die Grundfertigkeiten – Lesen, Schreiben, Rechtschreibung, Mathematik – beherrschen.
- **In Systemen denken.** Die Welt von morgen wird komplizierter und vielschichtiger werden. Deshalb ist die Fähigkeit wichtig, komplexe Zusammenhänge, zeitliche Abläufe sowie Grenzen des Handelns – auch des eigenen – erkennen zu können.
- **Zwei Sprachen für jeden.** Ob englisch, französisch, spanisch oder türkisch – wer früh gelernt hat, sich in einer Fremdsprache auszudrücken, dem fallen später auch andere Sprachen zu. Für Kinder aus Migrationsfamilien ist das der Alltag. Sie müssen zusätzlich zu ihrer Muttersprache die Zweitsprache Deutsch beherrschen. Englisch ist die wichtigste Sprache einer globalisierten Welt, sie ist von besonderer Bedeutung.
- **Aushandeln statt zuschlagen.** Viele Sprachen, viele Informationen, viele Ansichten – die Zusammenhänge werden komplizierter, die Situationen mehrdeutiger. Darin die eigene Position zu finden, sie zu kommunizieren und schließlich lösungsorientiert entscheiden zu können wird immer wichtiger. Es geht darum, frühe Erfahrungen zu ermöglichen, dass kulturelle Vielfalt angenommen und Konflikte friedfertig gelöst werden können. Des Weiteren, dass soziale Kompetenzen in einer pluralistischen Gesellschaft entstehen.
- **Medienkompetenz erwerben.** Zu Hause, in der Schule, im Beruf – Medien überall. Die Entwicklung geht ungebremst weiter. Absehbar ist eine Kluft zwischen Menschen mit und ohne Zugang zu Computer und Internet. Deshalb ist der Umgang mit neuen und sich ständig revolutionierenden Medien ein Muss jeder Bildung.

2.2 Lernen für das Leben

Herausforderungen und Antworten

Viele Erfahrungen in den europäischen Nachbarländern zeigen immer klarer: Kinder, die ganztags die Schule besuchen, können sich besser entfalten.

Dabei liegt der Akzent nicht auf der Ganztagsbetreuung, damit die Eltern arbeiten können. Es geht um die Kinder selber: Die Ganztagschule hat mehr Zeit für sie und für ein positives Zusammenspiel von Unterricht, Jugendarbeit und Fördermaßnahmen. Aber nicht so, dass am Vormittag Unterricht stattfindet, der Nachmittag dagegen, als Anhängsel, nur Erziehungs- und Freizeitangebote bereithält. Keine Verlängerung der Halbtagschule – sondern ein ganz neues Konzept! Auf die komplexen Herausforderungen, die mit der Bildung der Zukunft verbunden sind, weiß die Ganztagschule am ehesten Rat.

Sie vermag integrierend zu wirken: für Kinder aus bildungsnahen und bildungsfernen Familien, für Begabte und weniger Begabte, für Kinder von Aussiedlern, von Arbeitsmigranten, von Flüchtlingen – für jede und jeden Einzelne/n hat die Ganztagschule den ganzen Tag Zeit! Sie ist ausreichend flexibel und kompetent, weil sie nicht auf eine Berufsgruppe, die Lehrer alleine, setzt, sondern z.B. auch auf die Qualifikation von Sozialpädagogen. Sie kann alle Akteure der Bildung zusammenführen: nicht nur die Schülerinnen und Schüler selber, sondern auch Eltern und ältere Menschen, die direkt in den Schulalltag einbezogen werden; nicht nur Fachkräfte unterschiedlicher Professionen, sondern auch Partner von außen, aus der Arbeitswelt oder aus dem Sport. Mögliche Kooperationspartner sind Betriebe, Bibliotheken, Volkshochschulen, Religionsgemeinschaften. Die Schule bleibt dann keine Insel, sondern wird ein lebendiger Teil des Gemeinwesens.

So entsteht eine regionale Bildungslandschaft, die aus den gegebenen, sehr individuellen Ressourcen vor Ort erwächst. Auch die Familienzentren, mit medizinischer

Betreuung, Hol- und Bring-Diensten etc., die an die Schulen angegliedert sind (s. Kapitel 3.1), tragen dazu bei, dass die Bildungseinrichtungen in ihrem Umfeld auf vielfältige Weise verankert werden.

Die Ganztagschule soll sowohl die Grundschule als auch die Schultypen der Sekundarstufe I und Sekundarstufe II umfassen. Fertige Konzepte gibt es freilich nicht. Die neue Schule ist auch eine Schule des Ausprobierens, deren Wege – je nach örtlichen Bedingungen – unterschiedlich verlaufen können. Gerade deshalb wird es so etwas wie nationale Standards geben müssen. Damit die Regionen nicht auseinander laufen und die einzelnen Schulen sich nicht auf unterschiedliche Qualitätsstufen begeben.

Umsetzung

- Unterrichtsinhalte über den ganzen Tag verteilt. Schulzeit ist in der Regel von 8.00 bis 16.00 Uhr. „Hausaufgaben“ gibt es nicht mehr; bis auf wenige Ausnahmen, z.B. Vokabeln lernen, werden sie in der Schule gemacht. Zu Hause haben die Schüler frei.
- Andere Lehrer, anderes Personal. Lehrer, Sozialpädagogen und Betreuer arbeiten auf gleicher Augenhöhe. Die Besten im Lande sind bereit, diese Aufgabe zu übernehmen. Mit geändertem Dienstrecht, ohne Beamtenstatus. Unfähige Pädagogen sind kündbar, der Wechsel in andere Einrichtungen ist ein normaler Vorgang. Einstieg ins Bildungssystem und Wiederaufstieg sind selbstverständlich, ebenso hervorragende Aus- und Weiterbildung.
- Eltern als Partner. Elterninformation, Zeugnis- und Feedbackgespräche mit Eltern und Schülern sind die Regel. Ebenso Hausbesuche der Lehrer sowie Elternbüros in jeder Schule. Eltern gehören zur Schule dazu. Sie sind kein lästiges Übel, sondern gleichberechtigte Partner in der Erziehung.

2.3 Eine Schule ohne Selektion

Fördern durch Selektion? Im Gegenteil!

Das gegliederte Schulsystem – in Hauptschule, Realschule und Gymnasium – weist in die falsche Richtung. Nach der vierten Klasse wird bereits ausgesondert: in Begabte und weniger Begabte. Gerade mal zehn Jahre

sind die Kinder alt, schon wird eine Weiche fürs ganze Leben gestellt. Wer das falsche Los zieht und in der Hauptschule landet, für den bleiben viele Türen endgültig verschlossen. Ein schneller, harter Schnitt, der Entwicklungen kappt, die noch gar nicht richtig begonnen haben.

Es sind aber nicht nur die Schwachen, die auf der Strecke bleiben. Auch die Gymnasien könnten deutlich besser sein! Wenn alles nach oben drängt, gehen viele Schüler in Schulen, in denen man ihnen zu verstehen gibt: Ihr gehört nicht hierhin! Das frustriert und kostet Kraft. So versagt das gegliederte System auf ganzer Breite. Die Gymnasien reichen die schlechten Schüler nach unten durch, bilden gleichzeitig aber keine nennenswerten Eliten. Am anderen Ende der Skala versauern die guten Hauptschüler in einem wenig anspruchsvollen Unterricht, während die Schwächeren unter ihnen endgültig abgehängt werden. Sie durchlaufen eine Versagenkette, von Fach zu Fach, von Schulstufe zu Schulstufe, immer abwärts.

Das zu ändern, braucht es ein neues Denken, eine andere Kultur.

Den einzelnen Schüler sehen!

Internationale Studien belegen: In Deutschland sind die Schüler in den Schulklassen relativ gleich – eine Folge des gegliederten Schulsystems.

Die Schule für Alle dagegen ist eine Schule für jeden Einzelnen, nicht für den idealen Durchschnittsschüler. Lehrerinnen und Lehrer müssen bereit sein, auf die unterschiedlichen Fähigkeiten und Begabungen der Schüler einzugehen. Was nicht bedeutet, dass Niveau und Anforderungen einfach gesenkt werden. NRW braucht eine Schule, die alle anhebt, die Schwachen ebenso wie die Eliten.

Begabung ist nichts Statisches. Kognitive Leistungsfähigkeit und soziale Kompetenz wachsen mit den Anforderungen. In jeder Klasse gibt es Schüler, die bestimmte Dinge schneller oder langsamer begreifen. Eine entscheidende Stufe des Lernens ist beispielsweise, über die Zahl zehn hinaus rechnen zu können. Manches Mädchen schafft den Sprung sehr leicht, mancher Junge braucht einen längeren Anlauf. Die Gründe sind vielfältig: individuelle Begabung, Herkunft oder Motivation. Lehrer sol-

len jedes Kind sehen, wie es ist: seine starken Seiten und seine schwachen – genau in dieser Reihenfolge. Auch hier gilt: Stärken stärken!

Jeder Schüler erhält einen individuellen Lehrplan: Zuerst ermittelt man, über welche Kompetenzen sie oder er verfügt; daran schließt sich ein individueller Förderplan an, wie und in welchen Lernschritten die gesteckten Ziele erreicht werden sollen. Die Aufgabe von Lehrerinnen und Lehrern, Schulleiterinnen und Schulleitern ist es, Rechenschaft darüber abzulegen, warum ein Schüler bestimmte Lernfortschritte nicht macht.

Selbstverständlich setzt die Schule für Alle Mindeststandards, was alle, was also jeder Einzelne wissen muss, so etwas wie ein Kern-Curriculum. Dabei tragen die individuellen Lehrpläne dazu bei, die Potenziale aller Kinder auszuschöpfen.

Umsetzung

- Die Schule für Alle ist etwas Neues, sie verlangt nicht nur ein anderes Bildungsverständnis, sondern auch eine andere organisatorische Struktur. Das dreigliedrige Schulsystem wird durch den neuen Schultyp ersetzt. Und zwar für die gesamte Pflichtschulzeit, von der ersten bis zur zehnten Klassenstufe. Man muss sie wollen, ganz oder gar nicht. Scheibchenweise ist sie nicht zu haben. Nordrhein-Westfalen sollte seiner Vorreiterrolle gerecht werden und die Schule für Alle einführen.
- Die Schulen erhalten Autonomie. Sie sollen selbständig entscheiden können, welche Lehrer sie einstellen oder entlassen, welche Lehrmaterialien sie verwenden und mit welchen Lehr- oder Lernmethoden sie ihre Ziele erreichen wollen. Andererseits sind sie in einen Qualitätsvergleich mit anderen Schulen eingebunden, um ein allgemeingültiges Niveau zu garantieren. Außenstehende bewerten jede Schule danach, welche Ziele sie sich gesetzt hat, wie sie sie verfolgt und wie weit sie dabei gekommen ist – und zwar für jeden einzelnen Schüler.

2.4 Gleiche Chancen bei der Einschulung

Unterschiede ausgleichen – individuell fördern

Die Kinder 2015 sind anders als heute. Auch der Alltag zu Hause fühlt sich anders an, beispielsweise durch die neue Arbeitswelt der Eltern. Junge Menschen von heute, erst recht die von morgen, werden neue Berufsbilder und Wege finden müssen und lernen, ihr Leben zu

leben. In den Bildungseinrichtungen lernen sie, sich darauf einzustellen, ihre eigene Wahl zu treffen.

Europa wächst weiter zusammen, die Osterweiterung findet statt. Der Austausch zwischen den Kulturen nimmt zu. Im Jahr 2015 kommt die Mehrheit der Großstadtkinder aus Familien, deren Eltern oder Großeltern zugewandert sind, mit unterschiedlichen Sprachen, Kulturen und Religionen.

Auf diese ungeheure Vielfalt müssen sich Bildung und Erziehung einstellen. Vor allem, wenn alle Kinder erreicht werden sollen.

Schon heute ist zu beobachten, dass Zuwandererfamilien vorschulische Einrichtungen zu meiden beginnen. Teils aus Kostengründen, teils weil sie ihre Kinder nach eigenen ethnischen oder kulturellen Vorstellungen erziehen wollen. Wenn dann in der Schule Kinder mit sehr unterschiedlichen Deutschkenntnissen, mit anderen Gewohnheiten und Traditionen zusammentreffen, ist es kaum noch möglich, einen Klassenverband zu bilden. Soziale und ethnische Ungleichheiten nehmen zu, das gegenwärtige Bildungssystem kann sie nicht kompensieren – eine zentrale Herausforderung der Zukunft. Lehrerinnen und Lehrer werden die Fähigkeit entwickeln müssen, damit umzugehen.

Gleichzeitig geht es darum, jedes einzelne Kind zu fördern, die „normal begabten“ und die besonders leistungsstarken, die bildungsbenachteiligten und die bildungsprivilegierten. Deshalb muss Bildung früher einsetzen.

Kindertagesstätte statt Kindergarten

Die bisherigen Kindergärten sind der Zukunft nicht gewachsen. Die künftige Kindertagesstätte folgt einem anderen Ansatz. Sie ist ganztägig geöffnet – deshalb auch die andere Bezeichnung. Sie gleicht ein allzu großes Bildungsgefälle aus. Sie ist ganzheitlich orientiert: mit Spielen, Toben und Musik, aber auch mit Lerninhalten, Naturwissenschaften oder Sprachen. Sie ist aber keine vorgezogene Schule, hier wird nicht gepaukt.

Die Kindertagesstätte ist in erster Linie auch keine Betreuungs-, sondern eine Bildungseinrichtung. Kinder können lernen, sie wollen lernen und haben Spaß daran; sie bilden sich im Wesentlichen selbst. Gleichzeitig lernen sie, was sie für die Schule brauchen, z.B. die deutsche Sprache, Motorik, Aushandeln. Jedes einzelne Kind auf diesem Weg zu unterstützen, seine Abenteuerlust zu wecken, zu sehen, was es braucht, und was ihm hilft – das ist das Wesen der Vorschulbildung. Eine anspruchsvolle Aufgabe! Die Erzieherinnen und Erzieher müssen dafür entsprechend vorbereitet und qualifiziert werden.

Sie helfen den Kindern, sich in die Rolle anderer zu versetzen (Empathie), Erfahrungen zu sammeln und dabei zu lernen, entscheidungsfähig und selbständig zu werden. Die Verantwortung für Bildung und Erziehung im Vorschulalter – die sich vor allem dann zeigt, wenn es Schwierigkeiten gibt – liegt in Zukunft nicht mehr bei den Eltern allein.

Derzeit beginnt die Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten im deutschen Bildungssystem reichlich spät, in

der Regel erst in der Primarstufe. Dadurch werden Kinder ihrer Entwicklungsmöglichkeiten beraubt. Niemals im Leben ist es müheloser, eine – weitere – Sprache zu lernen als mit drei oder vier. Für Zuwandererkinder ist die Zweit-Sprache meistens Deutsch – umso wichtiger, dass sie sie so früh und so gut wie möglich lernen! Was wiederum nur geht, wenn sie ihre Herkunftssprache beherrschen.

Umsetzung

- Eine so grundlegend neue Arbeit im Vorschulalter fordert eine Erzieherausbildung und Weiterqualifikation auf ganz anderem Niveau: an Fachhochschulen.
- Kindertageseinrichtungen ab dem dritten Lebensjahr sollen möglichst ganztägig geöffnet sein. Jedes Elternpaar soll sich die Betreuung leisten können, entsprechend muss die Förderung dimensioniert sein. Auch für Unter-Dreijährige müssen sehr viel mehr Kindertagesplätze eingerichtet werden; hier ist vor allem die Sprachförderung von Belang.
- Zwei- oder dreisprachige Erziehung wird der Normalfall. Zum Beispiel deutsch-englisch oder türkisch-deutsch-englisch. Für den Elementarbereich soll ein Curriculum entwickelt werden, das sich an einer systematischen Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten orientiert, selbstverständlich auf der Grundlage einer Vorschulpädagogik und mit einem Ansatz ganzheitlichen Lernens.

Die demographische Entwicklung gestalten – Dynamik, Vielfalt, Erfahrung

Darauf muss man sich einstellen

Die Bevölkerungswissenschaft zeigt uns die Zukunft wie eine Landkarte. Für die kommenden Jahrzehnte wissen wir ziemlich genau, wie viele Menschen wo leben werden. Was wir nicht wissen: *Wie* sie leben und wie sie miteinander umgehen.

Statistisch gesehen bekommt eine Frau in Deutschland im Laufe ihres Lebens weniger als 1,4 Kinder. Die Bevölkerung schrumpft so kontinuierlich pro Generation um ein Drittel. Etwas mehr als zwei Kinder pro Frau müssten es sein, damit die Bevölkerung stabil bleibt.

Noch spüren wir von den kommenden dramatischen Veränderungen relativ wenig. Eine Lawine, die langsam ins Rollen kommt und nachher alles erfasst. Spätestens um das Jahr 2020 herum sind die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, den Wohnungsmarkt, die Stadtentwicklung, auf Gesundheit und Pflege unübersehbar. Danach gewinnt die Entwicklung noch einmal an Fahrt.

Im Laufe der nächsten 40 Jahre wird die Bevölkerung in Deutschland ohne Zuzug von derzeit 82 Millionen auf 62,5 Millionen abschmelzen. Gleichzeitig steigt das

Durchschnittsalter von 40 auf 55 Jahre. Langsam, aber unaufhaltsam wird die Alterspyramide auf den Kopf gestellt. Einer ständig steigenden Zahl von Rentnern und Pensionären steht eine schrumpfende Zahl Erwerbstätiger gegenüber. Das ist die zentrale Herausforderung, noch wichtiger als die Probleme durch abschmelzende Bevölkerung.

Wir laufen in eine Situation hinein – wirtschaftlich, finanziell, kulturell, ja vom gesamten Lebensgefühl her –, wie es sie in der Geschichte noch nicht gegeben hat. Wenn die Rentenversicherung im Jahr 2040 die gleichen Leistungen anbieten würde wie heute, müssten die Beiträge um 100 Prozent steigen. Gleichzeitig litten Leistungsfähigkeit und Produktivität der Wirtschaft; in Zukunft wird es weniger Arbeitskräfte geben, vor allem weniger jüngere, Kreativität und Ideenreichtum können in Mitleidenschaft gezogen werden. Würden die Dinge einfach so weitergehen, die Staatsquote von derzeit etwa 48 % würde bis zum Jahr 2030 auf satte 60 % hochschnellen. Mehr noch, sinkende Steuereinnahmen einerseits und höhere Pensionszahlungen andererseits

werden die Staatshaushalte so belasten, dass Subventions- und Förderzahlen deutlich zurückgefahren werden müssen. Der Staat wird sich auf Maßnahmen im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe konzentrieren müssen.

Nordrhein-Westfalen wird diesen Druck ebenso zu spüren bekommen wie andere Teile Deutschlands, manche Regionen sogar noch stärker. Im Ruhrgebiet ist die Bevölkerung bereits heute deutlich älter als in vergleichbaren Städten.

Die positive Botschaft: Gegensteuern ist möglich. Es kann, es wird, es muss etwas geschehen. Entscheidend ist, dass dies bald passiert. Je länger wir warten, um so schmerzlicher werden uns die Veränderungen treffen.

Wir wissen genau, was auf uns zukommt. Die Kinder, die in sechs Jahren zur Schule gehen, in 15 oder 20 Jahren Berufsschulen und Universitäten besuchen, sind

schon geboren. Auch der Einwanderung sind Grenzen gesetzt. Ein Gebot der Klugheit ist es deshalb, jetzt zu handeln und mit langem Atem. Wir müssen unsere Hausaufgaben erledigen: den Staatshaushalt in Ordnung bringen, den Arbeitsmarkt ebenso, eine sinnvolle Familien-, Zuwanderungs- und Bildungspolitik betreiben. Dies wird das Problem nicht völlig lösen, aber mildern.

Der Zukunftsrat des Landes Nordrhein-Westfalen hat sich bei seinen Vorschlägen von drei Prinzipien leiten lassen: Die **Dynamik** steigt, wenn in einem elternfreundlichen NRW mehr Kindern zur Welt kommen. Wir gewinnen **Vielfalt**, indem wir Mitglieder aus anderen Kulturen besser integrieren. Schließlich müssen wir ältere Mitbürger stärker aktivieren, um ihre **Erfahrungen** besser zu nutzen und von ihnen zu lernen.

3.1 Dynamik – mehr Kinder in einem elternfreundlichen NRW

Kinder gehören dazu

Wenn zwei Menschen Eltern werden, verändert sich ihr ganzes Leben. Die Beziehung der beiden, die Wohnung, der Alltag, der Beruf, alles erscheint in einem neuen Licht. Sie fragen sich in dieser Situation: Kann ich mir das überhaupt leisten? Sollte ich nicht zuerst meine Ausbildung zu Ende machen? Gibt es ihn überhaupt, den richtigen Zeitpunkt? Nach dem ersten Kind war es doch schon so schwer, wieder einen Job zu finden; jetzt ist es bestimmt nicht einfacher geworden. Meine gesellschaftliche Position verschlechtert sich, soll ich mir das antun?

Es sind die Rahmenbedingungen in Gesellschaft und Arbeitswelt, aber auch die gesellschaftliche Haltung zum Elternsein, die junge Menschen daran hindern, Kinder zu bekommen. Deshalb sollten sie elternfreundlich gestaltet werden. Junge Menschen wünschen sich nämlich Kinder!

Mütter und Väter sollten zwischen beruflichen und privaten Aufgaben nicht zerrieben werden. Eine verlässliche Kleinkindbetreuung gehört beispielsweise dazu. Frauen müssen das aber auch wollen! – Und sich nicht mit Vorwürfen plagen, sie seien eine „Rabennutter“, weil sie sich nicht selber ums Kind kümmern. Was wissenschaftlich längst widerlegt ist.

Familien sind eine der zentralen gesellschaftlichen Institutionen: Sie sind Kompetenzzentren (Wo sollen Kinder sonst lernen, wie man liebt und wiedergeliebt wird?), sie sind ein Wirtschaftsfaktor (Wer sonst kauft

Windeln, Kinderwagen, Jugendzimmer?), sie sind Innovationszentren (Woher sollen denn die neuen Ideen kommen, wenn nicht von unseren Kindern?).

In Familien leben und Kinder erziehen – das muss wieder selbstverständlich werden. Sowohl für den Einzelnen wie für die Gesellschaft. Kinder sind mehr als eine „reine Privatsache“, sie sind die Zukunft schlechthin. Deshalb muss sich einiges in den Köpfen und an den Rahmenbedingungen ändern.

Ziele

Derzeit bringt jede Frau in Deutschland – statistisch! – weniger als 1,4 Kinder zur Welt, bei den deutschen sind es sogar nur 1,2. Diese Geburtenrate soll in Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2030 auf 1,9 Kinder steigen; das ist in etwa das Niveau unseres Nachbarn Frankreich.

Erfolgreiche Familienpolitik ist möglich. Gerade Frankreich zeigt, dass gezielte Förderung Eltern dazu bewegen kann, mehr Kinder in die Welt zu setzen. Der Bevölkerungsverlust würde so deutlich gebremst. Gezielte Zuwanderungspolitik sollte dann endgültig zu einer stabilen Zahl von Einwohnern in NRW führen.

Kleinfamilien, Großfamilien oder Patchwork-Familien, sie alle müssen gesellschaftlich aufgewertet werden. Und zwar spürbar. Es geht außerdem um finanzielle, rechtliche und ganz praktische Unterstützung; vor allem die Arbeitswelt muss deutlich elternfreundlicher werden.

In Deutschland sind weniger Frauen erwerbstätig als in benachbarten Ländern wie den Niederlanden oder

Skandinavien. Sollten 2020 im Schnitt so viele Frauen arbeiten wie heute bereits in Schweden, würde die Zahl der Erwerbstätigen um zwei Millionen steigen.

Lebenswege

Wenn eine Frau mit 19 das Abitur macht, bis 26 studiert; mit Ende 20, Anfang 30 hat sie im Beruf dann gerade Fuß gefasst, Karriere ist möglich ... Und dann ein Kind?

Es geht auch anders: Abitur mit 17, Ausbildung bis 23, dann rein in die Praxis. Ein Lebensweg, der jungen Frauen und Männern sicher mehr Möglichkeiten eröffnet, Beruf und Familie in Einklang zu bringen.

Um elternfreundliche Bedingungen zu schaffen, muss man an allen möglichen Schrauben drehen. Auch im Bildungssystem (s. Kapitel 2). Gerade für akademisch gebildete Eltern sind kürzere Ausbildungszeiten unverzichtbar, um sich für Kinder zu entscheiden.

Wenn Männer oder Frauen Teilzeit arbeiten, um ihre Kinder zu betreuen, verbauen sie sich oft Aufstiegsmöglichkeiten und qualifizierte Arbeitsplätze. Teilzeit und elternfreundliche Arbeitszeiten müssen zum Normalfall werden, auch für Männer.

Dafür freilich müssen Unternehmen, Kommunen und Bildungsträger die Voraussetzungen schaffen. Damit der Einstieg ins Berufsleben einfacher und schneller geht, das Gleiche gilt für den Ausstieg auf Zeit.

Familienzentren

In Zukunft unterstützen Familienzentren das tägliche Leben mit Kindern – im normalen Alltag genauso wie bei akuten Problemen. Eltern werden mit ihren Ängsten und Nöten nicht mehr allein gelassen.

Das Familienzentrum bündelt viele Angebote. Dort befinden sich neben der Ganztagschule auch der Kindergarten und andere Ad-hoc-Betreuungsangebote, ebenso ein Beratungszentrum mit Kursen für werdende Eltern, der Schularzt hat dort ein Büro, jeden Nachmittag ist Sprechstunde. Die Schul-Cafeteria bietet ein Mittagessen.

So kann das Familienzentrum Eltern im Alltag spürbar entlasten: Wird das Kind krank, ist beispielsweise die Betreuung kein Problem mehr; sind die Eltern krank, so wird der Einkaufsdienst aktiv und sorgt für den täglichen Bedarf der Familie. Die Familienzentren orientieren sich also an den Bedürfnissen von Kindern und Eltern, flexibel und leistungsfähig. Das macht ihre Stärke aus. In aller Regel werden die zukünftigen Familienzentren in bereits existierende, meist öffentliche Räume und Gebäude integriert, möglichst nah am Wohnort der Eltern.

Familien kosten Geld

In der Summe werden Familien im bestehenden Finanz- und Sozialsystem benachteiligt. Das muss sich ändern!

Schon heute fließen in die Familienpolitik erhebliche Mittel. Im Jahr 2000 waren es in Deutschland 60 Mrd. EUR. Das Geld könnte effektiver, sprich: elternfreundlicher verwendet werden.

Beispiel Nummer eins: Die Versorgung mit Kindertagesstätten für Über-Dreijährige liegt in NRW bei fast 100 %, dagegen beträgt das Angebot für Kinder unter drei Jahren lediglich 2,4 %. Zum Vergleich: In Dänemark sind es 64 %, in Schweden 48 %. Die Unterstützung in NRW setzt also in breiter Form erst nach der Kleinkindphase ein. Berufstätige Frauen haben damit Probleme. Bedarfsgerechte Lösungen sind zu entwickeln.

Beispiel Nummer zwei: Das relativ hohe Kindergeld und die Steuergesetzgebung, z.B. das Ehegattensplitting, setzen in Deutschland starke Anreize, dass Frauen in Deutschland für längere Zeit aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Auch hier könnte man gegensteuern. Mittel sind ja vorhanden, sie fließen z.B. über das Kindergeld; sinnvoll wäre es, einen Teil in Betreuungsangebote zu investieren. Auch das würde Frauen helfen, die berufstätig sein wollen. NRW braucht ihre Ideen und ihr Engagement.

Nordrhein-Westfalen setzt sich dafür ein, die finanziellen Mittel in eine familienfreundliche Richtung zu lenken. Vor allem auf Landesebene müssen vorhandene Mittel umgeleitet und effektiver eingesetzt werden. Bundesratsinitiativen kommen hinzu.

Umsetzung

- Mehr Kinder für NRW. Dafür müssen die Voraussetzungen in Schulen, Unternehmen und Kommunen stimmen. Dies wird aber nur Wirklichkeit, wenn sich in den Köpfen etwas ändert: Kinder zu haben, muss wieder der Normalfall werden. Dafür sollen NRW und wichtige Multiplikatoren werben, mit klaren, elternfreundlichen Botschaften.
- Land, Kommunen und Unternehmen, sie alle sind gefordert, Familienzentren auf den Weg zu bringen. Und zwar so rasch wie möglich. Die Demographie lehrt: Jetzt handeln, um langfristig etwas zu erreichen.
- Im Jahr 2015 werden Kinder mit fünf Jahren eingeschult. Das Abitur mit 17 ist in NRW dann Realität. Ein Hochschulabschluss mit 23 ist die Regel. Eine bildungspolitische Maßnahme mit unmittelbaren Folgen für die Lebens- und Familienplanung. Insgesamt gilt: Der Einstieg in den Beruf soll früher geschehen.

■ Das Land NRW setzt sich für eine elternfreundliche Umgestaltung der familienpolitischen Mittel ein, seine eigenen und – über Bundesratsinitiativen – auch die des Bundes.

■ Auszeichnungen für elternfreundliche Kommunen und elternfreundliche Unternehmen setzen neue Maßstäbe.

3.2 Vielfalt – Integration von Zuwanderern aus anderen Kulturen

Offenes NRW

Niemand muss den Menschen in Duisburg oder Gelsenkirchen sagen, was Zuwanderung ist. Kumpel aus Polen und Schlesien, später aus Italien und der Türkei, haben den Kohlenpott erst zu dem gemacht, was er ist.

Zurzeit leben rund zwei Millionen Menschen ohne deutschen Pass in Nordrhein-Westfalen, nahezu die Hälfte von ihnen bereits seit mehr als 20 Jahren. Hinzu kommen mehr als 700.000 Spätaussiedler. Zuwanderung findet zurzeit vor allem im Kreißsaal statt: 35 % bis 40 % der Neugeborenen stammen aus Migrantenfamilien.

Nordrhein-Westfalen ist schon lange ein Einwanderungsland – und wird es bleiben. Die Frage heißt nicht: Einwanderung ja oder nein? Sie lautet: Wie? Wie kann man die Integration menschlich gestalten und zum Erfolg führen?

Nimmt man die Vorteile der Einwanderung zusammen, kann sie die Position Nordrhein-Westfalens im Wettbewerb der Regionen in Europa deutlich stärken.

Ziele

Integration von Mitbürgern aus anderen Kulturen bedeutet: Dass sie die Normen des Grundgesetzes akzeptieren, die deutsche Sprache beherrschen und das Bildungssystem durchlaufen – nicht jedoch, dass sie ihre eigene Kultur, Religion oder Identität aufgeben. In diesem Sinne bereichert eine geglückte Integration die kulturelle Vielfalt des Landes und fördert ein friedliches Zusammenleben. Von der deutschen Gesellschaft ist zu erwarten, dass sie den Zuwanderern und Zuwanderinnen die Integration auch ermöglicht, dass sie z.B. Deutschkurse anbietet, wo sie gebraucht werden. Nicht zuletzt, dass sie die Zuwanderer – auch in ihrer Fremdheit – akzeptiert und willkommen heißt.

Migranten zahlen Steuern, sie stützen die sozialen Sicherungssysteme und entschärfen die demographische Entwicklung, sprich: Sie verjüngen die Gesellschaft. Anfang der 90er waren etwa 12 % der Menschen zwischen 20 und 40 in NRW Zuwanderer, im Jahr 2010 wer-

den es fast 32 % sein; in den Städten ist dieser Prozentsatz noch einmal signifikant höher, fast jeder zweite junge Mensch wird dort ein Zuwanderer sein. Sich in anderen Kulturen zu bewegen heißt aber nicht, dass man seine eigene Identität über Bord wirft.

In Deutschland leben mehr als 12 Millionen Migranten. Ohne sie wäre bereits heute die Bevölkerung deutlich gesunken. Entscheidend ist der Zuwanderungssaldo, also das Verhältnis von Menschen, die kommen, und solchen, die gehen. Hierzulande beträgt es etwa 5 zu 4, ein Zuwanderungssaldo von 20 %. In den USA liegt er deutlich höher, bei 75 %. Ziel für NRW bis 2030 ist ein Zuwanderungssaldo von 50 %.

Die Zugewanderten sollen in Zukunft neben ihrer Muttersprache auch gut deutsch sprechen und qualifizierte Bildungsabschlüsse erreichen. Dafür müssen Kindertagesstätten und Schulen entsprechend ausgestattet werden (s. Kapitel 2.4).

Kulturelle Inseln in der Stadt

Viele Zuwanderer in NRW sind bis heute nicht integriert. Das gilt vor allem für Stadtteile, in denen viele Migrantinnen und Migranten wohnen. Dabei ist die Situation durchaus ambivalent: Positiv ist, dass Neuankömmlinge zunächst auf Landsleute oder Verwandte treffen. Die Sprache, die Kultur, vieles ist ihnen vertraut. In der Fremde erleben sie Stabilität und Sicherheit; direkt nach der Ankunft ist das nicht zu unterschätzen.

Aber diese Inseln in der deutschen Gesellschaft erschweren die Integration. Wenn rund 80 % der Kinder und Jugendlichen in einzelnen Kindertagesstätten und Schulen nicht deutsch, sondern andere Sprachen sprechen, bleibt die Landessprache dauerhaft fremd. Die Bildungseinrichtungen sind überfordert, bei den Migranten sinkt die Bereitschaft, Deutsch zu lernen. In Großstädten wie Köln verfügen etwa 8 % der deutschen Jugendlichen über keine abgeschlossene Berufsausbildung; bei der größten ethnischen Gruppe, den Türken, sind es 40 % – keine guten Startbedingungen! Dabei sind es gerade die jungen Menschen, die der Arbeitsmarkt in Zukunft braucht (s. Kapitel 1.1).

Oft gerät die einheimische Bevölkerung in solchen Stadtteilen in die Minderheit. Diese Erfahrung führt – durch Medien verstärkt – zu genereller Angst vor Überfremdung. Steigende Arbeitslosigkeit verschärft das Konkurrenzdenken zwischen Deutschen und Zuwanderern. Gleichzeitig wächst bei ihnen die Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, vor sozialem Abstieg, Diskriminierung und Aggression.

Wir müssen uns darauf einstellen, dass die von Zuwanderern geprägten Stadtteile bestehen bleiben. Um so wichtiger ist es, sie aufzuwerten.

Nachbarschaftsentwicklung

Nordrhein-Westfalen hat früher und intensiver als andere Bundesländer eine Politik zugunsten sozialer Brennpunkte gemacht. Angesichts der kommenden Entwicklungen müssen die Anstrengungen eine völlig neue Qualität erhalten: koordiniert und aus einer Hand. Vor allem aber gezielt. Die schwierigsten Gebiete sollen die größte Aufmerksamkeit erfahren.

Dazu muss man erst einmal wissen, woran man ist, sehr genau, für jeden Stadtteil, für jede Region. Ein klares Bild entsteht erst, wenn man die Daten aus unterschiedlichen Quellen zusammenführt: die Quote der Sozialhilfeempfänger und der Arbeitslosen, das Sicherheitsempfinden von Bewohnerinnen und Bewohnern auf der Straße; für Schulen sind es die Übergänge in die Sekundarstufe II, aber auch die der Schulabbrecher. Aus diesen Zahlen gilt es, einen Gesamtindex zu bilden. Nur so kann man gezielt und effektiv helfen.

Dabei kommt den Schulen und Familienzentren eine Schlüsselrolle zu. Sie sind die einzigen öffentlichen Institutionen, die in ständigem Austausch mit vielen Menschen aus der Nachbarschaft stehen. Die Nachbarschaftsschule – natürlich ganztags – arbeitet z.B. mit Sportvereinen zusammen, damit sie Hallen für ihre Aktivitäten findet. Schulen sollen Orte sein, in denen auch Erwachsene lernen. Informelle Beratung, das Gespräch auf dem Flur wird zum Normalfall. Schulen können Kontaktbörsen sein: zu Unternehmen, Kultur- und Elterngruppen. Das alles kann die Schule aber nicht alleine aus sich heraus. Dafür benötigt sie lokale Beiräte und die Unterstützung eines lokalen Entwicklungsteams. Sie braucht aber auch mehr Kompetenzen, Schulleiter sollen z.B. über die Auswahl der Lehrer selber entscheiden können (s. Kapitel 2.3).

Wichtig für die Integration sind auch Kindergärten und Kindertageseinrichtungen. Dort lernen die Kinder nicht nur rechtzeitig Deutsch, sondern auch ihre Muttersprache zu pflegen. Wenn die Kinder noch kleiner sind, sind auch die Eltern offener und lernen mit (s. Kapitel 2.4).

Umsetzung

- Das Land Nordrhein-Westfalen legt einen Wettbewerb der Nachbarschaftsentwicklung auf. Die schwierigsten Gebiete werden identifiziert. Ein Kabinettsausschuss unter Leitung des Integrationsbeauftragten entwickelt die notwendigen Indikatoren, z.B. Schulabschlüsse und Deutschkenntnisse. Die Gebiete selber sollen Vorschläge zur Verbesserung über die kommenden fünf bis zehn Jahre vorlegen. In einem fairen Wettbewerb werden die besten Konzepte ermittelt und anschließend gefördert. Eine Dokumentation hilft anderen Gebieten, einen ähnlichen Weg zu gehen. Die Gruppen vor Ort erhalten ein hohes Maß an Eigenständigkeit. Auf Landesebene überprüft ein Team, ob die Zielindikatoren auch erreicht werden. Die gleiche Aufgabe haben Teams auf kommunaler Ebene.
- Der Integrationsbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen sorgt dafür, dass spezielle Arbeitskreise eingerichtet und die Meinungsführer der verschiedenen Bevölkerungsgruppen beauftragt werden, die Integration zu begleiten und öffentlich dafür einzutreten. Dazu gehört auch, Zuwanderer zu motivieren, sich gesellschaftlich zu engagieren, z.B. bei der Organisation multikultureller Kindergärten.
- Notwendig ist ein Zuwanderungsgesetz des Bundes. Innerhalb dieses Rahmens nimmt Nordrhein-Westfalen selber Einfluss auf die Struktur der Zuwanderung. Ein Konzept auf Landesebene regelt die Einzelheiten.
- Zuwanderer in Nordrhein-Westfalen erhalten das kommunale Wahlrecht. Dafür müssen sie mindestens fünf Jahre in Deutschland leben und über gute Deutschkenntnisse verfügen, um am allgemeinen gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können.
- Das Land und die Kommunen werden ihre Aufgaben so definieren, dass sich die Migranten eingeladen fühlen, an der Lösung der Probleme mitzuwirken und Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen. Zu wissen, dass man gebraucht wird, schafft mehr Selbstachtung, als betreut zu werden. Zu solchen Aufgaben im Interesse des Gemeinwohls gehören: die mentale Stadtteilsanierung, die Förderung kommunaler Standortpolitik, beschäftigungswirksame Existenzgründungen, Beteiligung an einer interkulturellen Grundwertedebatte, interkulturelles Konfliktmanagement sowie sprachliche und kulturelle Brückenfunktionen, die vor allem durch die EU-Erweiterung notwendig werden.

3.3 Erfahrung – Ältere Mitbürger aktivieren

Produktiv über das Berufsleben hinaus

Deutschland ist bereits gealtert und altert weiter: Die Lebenserwartung steigt. Nur eine Generation weiter wird die Welt der Alten sich noch einmal grundlegend verändert haben. Rentner und Rentnerinnen werden mehr, haben aber im Schnitt weniger Geld. Die meisten werden noch leistungsfähiger sein als heute, demgegenüber stehen viele Hochbetagte, die auf Pflege angewiesen sein werden.

Im Jahr 2003 sind von den Deutschen zwischen 55 und 65 weniger als 45 % erwerbstätig, in den USA rund 60 %. Nicht, weil die Amerikaner gesünder oder leistungsfähiger sind. Es liegt sowohl an dem großzügigen System der Sozialversicherungen in Deutschland als auch an der hohen Arbeitslosenquote älterer Menschen. Viele werden unfreiwillig frühpensioniert. Andere sind im Alter von 60 oder sogar mit 55 schon so weit abgesichert, dass sie den Beruf an den Nagel hängen können. Die Kinder sind aus dem Haus, die Wohnung ist abbezahlt, jetzt wird gereist.

Die goldenen Zeiten nähern sich ihrem Ende. Die Demographie erzwingt in Zukunft eine längere Lebensarbeitszeit: sei es, indem man früher in den Beruf einsteigt oder später aussteigt. Oder beides. Dafür allerdings müssen die Anreize stimmen. Die wichtigste Regel: Wer vor dem 65sten Lebensjahr in Rente geht, muss versicherungsmathematisch bedingte Abschläge in Kauf nehmen.

Im Kern geht es darum, vorhandene Ressourcen besser zu nutzen. Pensionierung oder Verrentung sind in aller Regel eine Vollbremsung. Leistungsbereitschaft, Kompetenz, vor allem Erfahrung lösen sich aber nicht plötzlich in Luft auf; die Alternative wäre, sie graduell zu nutzen, so viel, wie der einzelne eben kann. Das gilt nicht nur für die jungen Alten; schon heutzutage sind viele Menschen auch mit 70 oder 80 noch sehr vital. Sie könnten durchaus etwas für die Gemeinschaft tun.

Was ja auch bereits geschieht. Möglichkeiten für Senioren, sich in NRW ehrenamtlich zu engagieren, sind zahlreich und werden rege genutzt. Von der Kinderbetreuung über kleinere Reparaturen bis hin zur gegenseitigen Hilfe im Alter. Vielleicht auch als Seniorberater in Unternehmen und Verwaltungen.

Sozial-Aktiv-Zeit

Eine freiwillige Sozial-Aktiv-Zeit (SAZ) könnte erhebliche Potenziale bei älteren Mitbürgern erschließen. Engagement ist vorhanden. Rüstige verrentete oder pensionierte Bürger sollen motiviert werden, sich über einen

längeren Zeitraum sozialen und anderen gemeinnützigen Aufgaben zu widmen. Sei es als Mitarbeiter in konkreten Projekten oder in Form von regelmäßiger Tätigkeit in bestehenden Organisationen.

Die Sozial-Aktiv-Zeit ergänzt bestehende freiwillige Dienste und ehrenamtliche Tätigkeiten. Falls der Zivildienst wegfällt, könnte die SAZ Teile der Aufgaben übernehmen. Sinnvolle Tätigkeiten in Städten und Gemeinden gibt es mehr als genug: beispielsweise familienunterstützende Maßnahmen wie Babysitting, Einkäufe erledigen, Begleitung bei Arzt-Besuchen. Ein anderes Aufgabenfeld ist die Betreuung älterer Menschen, als Hausbesuch oder Hilfe bei der Organisation von Festen und Zusammenkünften. Weitere Beispiele: Naturschutz, Pflege und Verschönerung des Wohnumfeldes, etwa von Kinderspielflächen und Grünanlagen. Oder im Sport, als Hilfe bei der Organisation kultureller Veranstaltungen, als Unterstützung von Selbsthilfegruppen oder Mitarbeit in den SAZ-Agenturen.

Organisiert wird die Sozial-Aktiv-Zeit von bestehenden oder neu zu gründenden Agenturen. Für deren Gestaltung sollten Erfahrungen aus dem ehrenamtlichen Bereich genutzt werden. Die Aufgaben der Agenturen: Eignungsprüfung der Teilnehmer, Auswahl und Organisation der Projekte und Tätigkeiten, Abstimmung von Angebot und Nachfrage, Supervision von Anbietern sowie Aus- und Weiterbildung der Teilnehmer.

Seniorinnen und Senioren, die an der Sozial-Aktiv-Zeit teilnehmen, erhalten ein symbolisches Gehalt, Fahrtkosten und Auslagen werden ersetzt. Darüber hinaus soll ein materielles und ideelles Anreizsystem entwickelt werden, um die Qualifikation der Teilnehmer und ihre öffentliche Anerkennung zu fördern.

Hilfe zur Selbsthilfe

Während von den 60- bis 80-Jährigen nur etwa drei Prozent pflegebedürftig sind, ist es bei den über 80-Jährigen bereits jeder Dritte. Die übergroße Mehrheit davon lebt heute noch in der Familie. Das wird sich ändern. Die Kinder wohnen immer häufiger immer weiter weg. Töchter und Schwiegertöchter – sie tragen gegenwärtig einen Hauptteil der Pflege – werden weniger. Einfach weil die Familien kleiner geworden sind. Neben die SAZ müssen zusätzliche Formen der Nachbarschaftshilfe treten.

Eine sinnvolle Alternative: Tauschringe und Netzwerke schaffen, Hilfe zur Selbsthilfe organisieren. Und zwar auf informeller Ebene: Es fließt kein Geld, aber alle haben etwas davon. Zum Beispiel der 65-Jährige, der noch sehr fit ist, hilft der 85-Jährigen aus dem Nachbarhaus.

Im In- und Ausland existieren bereits eine ganze Reihe solcher Tauschringe. Sie müssten professionell organisiert sein und eine langfristige Perspektive erhalten. Damit die Leistungen des heute 65-Jährigen in 20 Jahren vom dann 85-Jährigen in Gegenleistungen eingetauscht werden: Einkaufen gegen Vorlesen, Waschen und Anziehen gegen Behördengänge, Spazierenfahren im Rollstuhl gegen Kochdienste. Nachbarschaftsvereine organisieren diese Hilfeleistungen und sorgen für ausreichenden Nachwuchs für ältere Mitglieder. Im Kern geht es dabei nicht um ehrenamtliches Engagement, sondern um ein solidarisches Geben und Nehmen. Deshalb funktioniert es nur, wenn die Jüngeren ihren zukünftigen Nutzen klar erkennen. Und zwar dort, wo sie wohnen: in unmittelbarer Nachbarschaft.

Wohnen im Alter

Viele Ältere, vor allem Alleinstehende, haben sehr viel Platz. Sie wohnen in Eigenheimen oder in großen Stadtwohnungen. Die Hälfte der Zimmer bleibt nicht selten verschlossen, sie werden nicht mehr gebraucht.

Ältere Menschen wollen durchaus umziehen. Aber sie möchten in der Nachbarschaft bleiben. Da hilft nur Kommunikation. Der Bäcker um die Ecke oder der Pfarrer, sie wissen vielleicht von einer kleinen Wohnung im Viertel – das könnte die Lösung sein.

Dabei braucht es gar keine Fördermittel. Um Leerstand zu vermeiden, werden sich die Wohnungseigentümer der Nachfrage anpassen müssen. Wohnungsbaugesellschaften, Stadtplaner, Kommunen, sie alle werden nicht darum herumkommen nachzudenken, wie man die vorhandenen Häuser besser nutzt. Wo man kleine Einliegerwohnungen baut oder Badezimmer altengerecht ausstattet, wo man Einkauf- oder Concierge-Dienste organisiert; bis hin zu betreuten Wohngemeinschaften für Demenz-Kranke; täglich kommt der Pflegedienst, mitten in einem ganz normalen Umfeld.

Jedes Haus, jede Straße, jedes Viertel ist anders. Patentrezepte gibt es nicht. Nur viele gute Projekte, von denen man lernen kann. Sinnvoll wäre es, eine Sammlung solcher Beispiele anzulegen, etwa um die Umbaukosten für verschiedene Gebäudetypen besser abschätzen zu können.

Umsetzung

- Pensionäre und Frührentner sollen für eine ihrer Leistungsfähigkeit angepasste Sozial-Aktiv-Zeit gewonnen werden.
- Eine Landesorganisation soll Erfahrungen generationsübergreifender Tauschringe sammeln und daraus

eine Blaupause für ihre professionelle Abwicklung und die Sicherung ihrer langfristigen Stabilität entwickeln.

- Regionale Stiftungen für ein selbstbestimmtes Wohnen im Alter. In jeder größeren Stadt findet man ältere Menschen, die nach der Familienphase in eigener Regie Häuser kaufen, umbauen oder gänzlich neu bauen wollen. NRW sollte dafür eine Stiftung gründen, die von Sparkassen, Bausparkassen, Kommunen, Wohnungsbaugesellschaften und anderen interessierten Gruppen getragen wird. Ihre erste Aufgabe wäre es, Kontakte zu allen bereits bestehenden Gruppen herzustellen und Informationen (z.B. über Vertragstypen, erfahrene Architekten oder Bauträger) bereitzustellen.

Lebenswertes NRW

Die angenehmen Seiten des Landes

Was macht ein Land attraktiv? Eine Wirtschaft mit zukunftsfähigen Arbeitsplätzen, bezahlbare Wohnungen und Häuser, gute Schulen und Universitäten. In zunehmendem Maße sind es aber auch die so genannten weichen Standortfaktoren: Freizeit, Natur, Kultur und Erholung.

Ein Bundesland, das den Anspruch erhebt, im Jahr 2015 zu den Top-Regionen in Europa zu zählen, das Besuchern und Touristen etwas bieten möchte, das internationale Unternehmen an Rhein, Ruhr und Weser holen und halten will, braucht seine ganze Kreativität, seine Lebensfreude, es benötigt viele Ideen und jede Menge Engagement.

Lebenswertes Nordrhein-Westfalen, dazu gehören für den Zukunftsrat vor allem: Natur, Sport und Kultur. Für jeden Bereich hat er eine Reihe von Vorschlägen entwickelt.

Für die Bürger und insbesondere die Familien in NRW ist eine gesunde und vielfältige Natur geradezu existenziell. Wie gut, dass Nordrhein-Westfalen auf

seine landschaftlichen Schönheiten setzen kann; auch darauf, was in der Vergangenheit bereits geleistet wurde, damit Wasser, Böden und Luft mittlerweile wieder so sauber sind.

Sport ist wesentlicher Bestandteil der Freizeitgestaltung und des gesellschaftlichen Lebens in NRW. Eine Vielzahl von Sportarten, Tausende von Vereinen, durch alle Altersgruppen und Milieus hindurch. Mehrere Millionen Menschen bekennen sich zu ihrem Club, so viele Ehrenamtliche gibt es sonst nirgendwo. Sport ist gesund und macht Spaß. NRW ergreift Maßnahmen, um eine vitale Sportszene zu erhalten.

Die Gestaltung des Landes, die Wahl unserer Lebensformen, die Welt, in der unsere Kinder und Enkelkinder einmal leben werden – all dies ist Ausdruck kultureller Aktivität. Kultur schafft Bewusstsein und ist die Grundlage gesellschaftlicher Selbstbestimmung. Kultur schließt nicht nur die Künste und die Literatur, sondern auch Lebensweise, Wertesysteme und Traditionen ein. Bis zum Jahr 2015 ist Nordrhein-Westfalen ein kulturelles Kraftzentrum von deutschem und europäischem Rang.

4.1 Lebendige Natur- und Kulturlandschaften

Leitidee: Vielfalt zwischen Rhein und Weser

Die Worte Willy Brandts vom blauen Himmel über der Ruhr haben sich längst erfüllt. Nach dem deutschen Wirtschaftswunder kam das deutsche „Umweltwunder“: Eine der hoch belasteten Industrieregionen der Welt, der Ruhrpott, wurde in den vergangenen 30 Jahren ökologisch aufgewertet. Die Luftschadstoffe, etwa das Schwefeldioxid, wurden um 90 % gesenkt. Die Wasserqualität in Nordrhein-Westfalens Flüssen und Seen verdient heute wieder das Prädikat gut. Zugleich ist es dem Ruhrgebiet gelungen, ein attraktiver Industriestandort zu bleiben. Umweltschutz durch Produktionsverlagerung und damit Export der Umweltbelastungen ist der falsche Weg. Eine Pionierregion bewegt sich in Richtung Wissensgesellschaft – wegweisend für NRW.

In Zukunft geht es darum, die umweltschädlichen Auswirkungen unserer Wirtschafts- und Lebensweise selber anzupacken. Ein Mitteleuropäer verbraucht jährlich im Schnitt 75 Tonnen Rohstoffe – ohne Wasser. Also: Natürliche Ressourcen effizienter verwenden. Die Klimaproblematik ist weiter ungelöst. Also: Runter mit dem CO₂-Ausstoß. Die Städte wachsen immer tiefer in die Landschaft rein. Also: Den Flächenverbrauch limitieren. Die Natur in NRW soll schöner, reicher, vielfältiger werden.

Die Geschichte des Ruhrgebiets hat eine große Zahl Industriebrachen, verlassene Kokereien und Zechen, ungenutzte Bahnhöfe und Halden hinterlassen – sie bieten Vielfalt für Erholung, Sport, Kultur und Tourismus.

Natur ist ein Erlebnis

Nordrhein-Westfalen ist ein von Menschen geprägtes Kulturland durch und durch. Die Jahrtausende währende Siedlungsgeschichte hat keinen Flecken im Lande unberührt gelassen.

Und dennoch verfügt NRW über eine phantastische Natur, mit beeindruckenden Landschaften und einzigartigen Naturschauspielen. Wenn Hunderttausende Wildgänse, von ihren sibirischen Brutgebieten kommend, im Winter die Wiesen am unteren Niederrhein bevölkern – ein unvergessliches Schauspiel ..., oder die Eifeler Heckenlandschaft rund um Monschau ..., die durch Baumreihen gegliederte Kulturlandschaft im Münsterland ...

Ursprünglich war das Land an Rhein und Ruhr vor allem eins: Wald. Ein riesiger Buchenmischwald erstreckte sich über die Ebenen, über Hügel und Täler. Der Nationalpark Eifel, 2004 eingerichtet, erfüllt eine wichtige Aufgabe zum Schutz der mitteleuropäischen Buchenwä-

der. Hier, auf dem ehemaligen Truppenübungsgelände Vogelsang und den Wäldern des Kermeter, wird der Weg zurück in die Wildnis besritten, wo der Rothirsch wieder ohne Einschränkung leben darf. Auch wenn es ein ganzes Jahrhundert dauern wird, bis wirklich wieder ein Urwald entstanden sein wird, ist es bereits heute ein besonderes Naturerlebnis, den neuen Nationalpark zu besuchen!

Auch die Wirtschaftswälder sollen wieder mehr Naturnähe besitzen. Monotone Fichtenwälder verändern in Zukunft ihr Gesicht und verwandeln sich langsam aber stetig in Laubmischwälder.

Die Renaturierung der Fließgewässer soll bis 2015 weiter voranschreiten. Dann findet man auch wieder Lachse im Rhein-Sieg-System. Die kleineren Flüsse sollen wieder zum Baden einladen. Am Rhein ist es überall möglich, wo die Strömung keine Gefahr für Badende darstellt.

Landwirtschaft plus

Für eine naturnahe und erlebnisreiche Landschaft ist die Landwirtschaft elementar. Es geht um eine Neuorientierung.

Pauschale Subventionen für landwirtschaftliche Produkte werden durch die europäische Agrarreform schrittweise abgebaut. Diese Agrarwende soll von NRW unterstützt und weiterverfolgt werden. Damit die Überproduktion (z.B. Milchseen) ein Ende findet. Richtig ist aber auch, der Landwirtschaft Unterstützung zu gewähren, wenn sie Leistungen erbringt, die der Gesellschaft zwar wichtig sind, deren Wert sich aber im Marktpreis der Produkte nicht niederschlägt. NRW nutzt seine Gestaltungsmöglichkeiten – auch gegenüber dem Bund und der EU –, um diesem Umstand bei der zukünftigen Gestaltung der Agrarpolitik Rechnung zu tragen.

Wenn ein Bauer beispielsweise Milch auf ausreichendem Grünland erzeugt, dann stellt er nicht nur ein gesundes Lebensmittel her, sondern er trägt auch Sorge für die Landschaft, die der Erholung und dem Tourismus dient; nicht zuletzt leistet er einen wichtigen Beitrag zum Schutz der biologischen Vielfalt. Erlebnisreiche Landschaften, Lebensräume für Pflanzen und Tiere sowie Bedingungen für gesunde Lebensmittel und sauberes Trinkwasser – all das kann man am Weltmarkt nicht kaufen.

Die ländlichen Räume in NRW mit ihren sechs Millionen Einwohnern brauchen verlässliche Rahmenbedingungen für eine eigenständige Entwicklung. Nur so kann

die Landwirtschaft besonders hochwertige Lebensmittel erzeugen und gleichzeitig hohe Umwelt-, Sozial- und Tierschutzstandards einhalten.

Ziel I – Schadstoffminderung

Vorbeugender Umweltschutz ist auch in Zukunft wichtig. Die Schadstoffe aus Industrie, Haushalten und Verkehr werden bis 2015 weiter gesenkt. Wichtige Beispiele sind: Feinstäube, Stickstoffverbindungen, die Vorläufersubstanzen des bodennahen Ozons, sowie die Hormonrückstände in der Umwelt.

Zentrale Aufgabe bleibt es, die Treibhausgasemissionen zu senken: Die Bundesregierung will bis zum Jahr 2020 die Emissionen um 40 % senken, soweit die anderen Länder der Europäischen Union mitziehen. Auch NRW wird dazu einen angemessenen Beitrag leisten.

Im Jahr 2015 sollen die Flüsse in NRW wieder Badequalität haben. Kein Brunnen wird mehr wegen Überschreitung der Grenzwerte geschlossen, das Grundwasser hat überall eine hervorragende Qualität.

Ziel II – Flächenverbrauch reduzieren

Der ungebremste Flächenverbrauch hat gravierende Auswirkungen auf Natur und Landschaft. Die Zersiedelung birgt aber auch wirtschaftliche und soziale Gefahren, etwa durch die enormen Kosten für Sozial- und Infrastruktur oder die Folgen einer Entleerung der Siedlungskerne. Nach Vorgabe der Bundesregierung soll der Flächenverbrauch in NRW bis 2020 von derzeit 15 Hektar pro Tag auf drei Hektar gesenkt werden. Der Zukunftsrat plädiert dafür, dass NRW dieses Ziel bereits früher erreicht, nämlich 2015; langfristig wird der Flächenverbrauch auf null gesenkt. Daher müssen die Städte umso attraktiver werden!

Ziel III – Naturschutz stärken

Nach wie vor werden auch in NRW die Roten Listen der vom Aussterben bedrohten Tier- und Pflanzenarten länger statt kürzer. Eine Trendwende soll spätestens 2010 erreicht sein, damit die biologische Vielfalt des Landes wieder steigt. Die Zahl der bedrohten Tierarten nimmt ab, die Artenvielfalt steigt. Die Landschaft wird wieder vielgestaltiger und erlebnisreicher.

Ziel IV – Landwirtschaft umbauen

Der Anteil von landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus naturnahem, extensivem oder ökologischem Anbau soll deutlich steigen. Der Weg dorthin heißt: konsequente Verbraucheraufklärung und Umstellungshilfen für landwirtschaftliche Betriebe durch das Land. 2015 haben die Verbraucher die Vorteile der ökologischen Landwirt-

schaft erkannt und ihr Kaufverhalten darauf eingerichtet: 20 % der in nordrhein-westfälischen Geschäften verkauften Lebensmittel stammen aus ökologischem Anbau.

Ziel V – Urbanität entwickeln

Gelingt es, die Städte und traditionellen Siedlungskerne so attraktiv zu machen, dass die Menschen dort wohnen bleiben und die Expansion ins Umland der Ballungsräume zurückgeht? – Eine entscheidende Frage für die nachhaltige Entwicklung in NRW.

Eine bedarfsgerechte Stadtentwicklung erhält oberste Priorität. Die Zersiedelung des Umlandes wird gestoppt. Pendlerpauschale und Eigenheimzulage werden gestrichen. Die frei werdenden Mittel kommen der bedarfsgerechten Stadtentwicklung zugute, vor allem in den am stärksten von Abwanderung betroffenen Stadtteilen.

Regionale Planungen sollen besser aufeinander abgestimmt werden. Im Wettstreit um Einkommens- und Gewerbesteueranteile kommt es immer wieder zu Fehlplanungen. NRW sollte Kommunen, die sich in einem Planungsverbund miteinander abstimmen, durch einen höheren Finanzanteil begünstigen.

Umsetzung

Die folgenden Vorschläge verstehen sich als Bausteine einer nachhaltigen Regionalentwicklung.

- Die Landesregierung soll die Potenziale von National- und Naturparks in NRW systematisch zu einem Standbein der wirtschaftlichen Entwicklung nutzen und entwickeln, insbesondere für den Tourismus. Gerade in einem dicht besiedelten Land wie NRW bestehen dazu gute Voraussetzungen: Es gibt eine hohe Nachfrage nach Erholung in der Natur, und die Landschaften existieren gleichsam vor der Haustür. Empfehlungen für Initiativen des Landes: erstens die Förderung der Nationalparkregion Eifel. Damit würde sie sich in ein weltweites Netzwerk von 400 Gebieten einreihen, deren Ziel es ist, die Erhaltung natürlicher Lebensräume mit nachhaltigem Wirtschaften und Konsumieren zu verbinden. Zweitens die Einrichtung eines Nationalparks Senne. Drittens Weiterentwicklung der Emscher-Region nach der Internationalen Bauausstellung zu einem Gebiet, in dem urban-industrielle Räume mit attraktiven Naherholungsgebieten in grünen Oasen vernetzt werden.
- Alle staatlichen Forste sollen bis zum Jahr 2015 nach dem international anerkannten und hochwertigen Standard für eine nachhaltige Waldwirtschaft des Forest Stewardship Council (FSC) zertifiziert sein.

Fünf Prozent der Wirtschaftswälder in NRW sind als Totalreservate gekennzeichnet, ein Netzwerk, das sich durch die Wälder zieht und Bestandteil des nationalen Biotopverbundes ist. Das gilt insbesondere für Staatsforste, auf freiwilliger Grundlage auch für Privatwaldbesitz.

- Förderung des ehrenamtlichen Engagements im Natur- und Umweltschutz. Ausbau und Entwicklung der Biologischen Stationen in NRW. Biologische Stationen sind Orte des bürgerschaftlichen Engagements. Ehrenamtliche Mitarbeiter und Vertreter der Naturschutzverbände arbeiten in der fachlichen und praktischen Betreuung von Schutzgebieten sowie im Biotop- und Artenschutz.
- Die Landesregierung soll eine Gemeinschaftsinitiative aus Landwirtschaft, Ernährungsindustrie, Handel sowie Verbraucher- und Umweltverbänden starten, um hochwertige Lebensmittel aus NRW besser, vor allem besser erkennbar zu vermarkten.
- Kinder sollen schon früh an das Thema gesunde und abwechslungsreiche Ernährung herangeführt werden.

Als ersten Schritt dorthin soll die Landesregierung entsprechende Rahmenbedingungen setzen, damit in allen Schulen ein gemeinsames Frühstück und/oder Mittagessen stattfindet.

- NRW soll dahin wirken, dass Städte und Gemeinden wieder von Grüngürteln oder Grünflächen umgeben sind – als psychologische Barriere, die das Ausgreifen der Bebauung ins Umfeld eindämmt. Städtebauliche Entwicklung sollte weiter möglich sein, eine ausufernde Zersiedelung aber gestoppt werden.
- Eine nachhaltige Siedlungsentwicklung setzt ein modernes, bürgernahes und umweltverträgliches Verkehrssystem voraus. Die Fragen der Mobilität werden so strittig diskutiert, dass die Landesregierung dazu einen eigenen, breiten Bürgerdialog durchführen soll. Wirtschaft, Gewerkschaft, Umweltorganisationen, Kirchen, Transportunternehmen, nicht zuletzt alle interessierten Bürgerinnen und Bürger – sie alle sollen in einem zielorientierten Prozess am Dialog beteiligt werden (s. Kapitel 1.2).

4.2 Attraktive Sport- und Freizeitangebote

Leitidee: Sport verbindet

Nordrhein-Westfalen bietet bis zum Jahr 2015 hervorragende Sport- und Freizeitmöglichkeiten: in Vereinen, in Parks und Erholungsgebieten, in den öffentlichen Sportstätten wie Schwimmbädern, nicht zuletzt in den Schulen. Der gemeinnützig organisierte Sport setzt auf Kommunikation, auf Miteinander und Erlebnis in Sportgruppen und Vereinen. Der Sport schlägt Brücken zwischen den Generationen: Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senioren, alle treffen sich im gemeinsamen Spiel. Dabei steht der gemeinnützig organisierte Sport durchaus neben den kommerziellen Sportangeboten in Fitness- und Squash-Centern, aber auch in Kontrast zu den Megatrends immer weiter gehender Individualisierung und Vereinsamung. Die zukünftige Bürgergesellschaft benötigt verstärkt gemeinwohlorientiertes Engagement, wie es im Sport bereits heute weit verbreitet ist. Diese Chancen gilt es zu wahren und zu fördern.

Sport macht Spaß

Sport begeistert, vor allem Jugendliche. Offensichtlich kommen sie nicht zum Training, auf den Sportplatz oder in die Schwimmhalle, weil sie müssen, sondern weil sie

Spaß daran haben. Jeder Zweite zwischen 12 und 18 Jahren ist in einem Sportverein; alle anderen Jugendorganisationen bleiben in der Organisationsdichte weit dahinter zurück.

Die Sportjugend NRW vertritt zurzeit mehr als zwei Millionen Kinder und Jugendliche, organisiert sind sie in ca. 20.000 Sportvereinen mit ca. 200.000 ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Insgesamt umfasst der LandesSportBund, als größte regionale Sportorganisation Europas, fast fünf Millionen Mitglieder.

Die Begeisterung für den Sport zieht sich durch alle Altersgruppen, Kulturen und Milieus. Sei es als Einzel- oder Mannschaftssport, in der Schule, im Verein, als Breiten-, Wettkampf- oder Hochleistungssport. Sport macht aber nicht nur im Verein Spaß, sondern auch individuell oder mit Familie und Freunden, wenn man sich z.B. einfach nur entspannen will.

Drei sehr unterschiedliche Aspekte charakterisieren den Sport. Erstens Gesundheit und Fitness. Bewegungsarmut ist zum Kennzeichen moderner Gesellschaften geworden. Es ist noch gar nicht so lange her, da ging man einkaufen, ging zur Schule, ging zur Arbeit – die für viele Menschen auch noch eine körperliche Arbeit war.

Heute sitzt man im Auto oder vor dem Computer. Zivilisationskrankheiten und Fettleibigkeit nehmen zu, die motorischen Fähigkeiten und die Fitness, vor allem auch der Kinder, nehmen dagegen ab. Dagegen hilft auch und vor allem Sport.

Zweitens Entwicklung und Erziehung. Sport vermittelt Wertvorstellungen, erzieht zu positivem Sozialverhalten und trägt so zur jugendlichen Entwicklung bei. Jedes Spiel entsteht erst durch Regeln. Regeln zu achten ist also eine Grundvoraussetzung. Das schließt die Achtung vor dem Gegner ebenso ein wie gesundes Durchsetzungsvermögen und Ehrgeiz oder auch Zivilcourage. Zu den sportlichen Tugenden, die beim Sporttreiben selbst, aber auch in außersportlichen Angeboten vermittelt und erfahren werden, rechnen weiter: Fairness, Toleranz, Ehrlichkeit, Treue, Loyalität, Integrität, Solidarität.

Drittens, Sport ist keine Arbeit, Sport entspricht einem Grundbedürfnis nach Spielfreude, Bewegung und Spaß an gemeinsamer Aktivität.

Ziel I – Schulsport

In Kindertagesstätten und Schulen, vor allem im Sportunterricht, lernen Kinder und Jugendliche in Zukunft ihren eigenen Körper kennen und wie sie mit ihm „arbeiten“ können. Sie entwickeln motorische Fähigkeiten, entdecken Spielfreude und Spaß in gemeinsamen Sportspielen und begreifen, wie wichtig Bewegung für ein gesundes und fittes Leben ist (s. Kapitel 2). Gemeinsam erspielter Erfolg im Team steht vor individueller Leistung; der Beitrag jedes Einzelnen – auch des objektiv Schwächeren – wird individuell gewürdigt. Grundlegende Wertvorstellungen werden vermittelt, entsprechendes Sozialverhalten wird eingeübt. Im Kern geht es darum, alle Kinder und Jugendlichen zu erreichen und für ein lebenslanges Sporttreiben zu motivieren. Der Sportunterricht an den Schulen bietet dazu eine einzigartige Chance.

Ziel II – Sportstätten

Die Kommunen werden bis 2015 besser in die Lage versetzt, ihren Bürgern und Vereinen vermehrt funktionierende und finanzierbare Sportanlagen – Hallenbäder, Freibäder, Sporthallen und -plätze – anzubieten. Gesucht werden intelligente und kreative Finanzierungsmodelle, Sponsoren, Investoren oder Public-Private-Partnerships. Dies kommt auch dem Schulsport zugute.

Wo früher „Bolzplätze“ waren, auf Straßen, Plätzen und Hinterhöfen, parken heute Autos. Kinder, Jugendliche und Erwachsene brauchen wieder Platz für freies und spontanes Spiel. Auch dafür geben die neuen Sportanlagen Raum.

Ziel III – Vereinssport

Bis 2015 sind die politischen, finanziellen sowie die räumlichen und personellen Voraussetzungen geschaffen, damit der gemeinnützig organisierte Sport sein Potenzial entfalten und positive Werte vermitteln kann. Voraussetzung ist eine entsprechende Vereinskultur. Aufgabe des Staates ist es, diese Entwicklung zu unterstützen und die notwendigen Rahmenbedingungen zu setzen.

Gerade in den Sportvereinen bietet sich die Chance, Millionen Menschen, Kinder und Jugendliche oder Senioren, zu erreichen und ihnen positive Angebote im sportlichen wie im außersportlichen Bereich zu unterbreiten, sei es für ihre Sozialisation, Entwicklung oder Bildung. Nirgendwo sonst ist es vergleichsweise so leicht, sozialpädagogische Projekte und Förderprogramme umzusetzen. Im Jahr 2015 werden alle Jugendlichen erreicht, insbesondere die heute unterrepräsentierten Mädchen, Migrantinnen sowie andere Gruppen.

Wie in der kognitiven Bildung gilt auch hier: Die eingesetzten Mittel sind nicht als Ausgaben zu werten, sondern als Investition in die Zukunft unserer Kinder. Im Verein haben sie die Gelegenheit, mit Formen der Selbst- und Mitbestimmung zu experimentieren; sie erfahren Toleranz, Zivilcourage und Gleichberechtigung und lernen Zuwanderern gegenüber offen zu sein. Zudem fördern Sportvereine internationale Begegnungen und interkulturelle Kompetenz.

Ziel IV – Spitzensportförderung

Wer morgen auf herausragende sportliche Leistungen stolz sein möchte, muss heute die Bedingungen dafür schaffen, damit sich genügend junge Menschen zu Hochleistungssportlern entwickeln. In ihrem Auftreten und ihrer Leistungsbereitschaft sind Spitzensportler Vorbilder und Identifikationsfiguren, die die Gesellschaft braucht.

Die Förderung junger Talente aller Sportarten beginnt mit einer überdurchschnittlichen Trainingshäufigkeit, die mit einem normalen Schulbesuch nicht vereinbar ist. Landesregierung, LandesSportBund und Sportfachverbände haben in den vergangenen Jahren bereits einiges dafür getan. Im Verbundsystem Schule und Leistungssport des Landes NRW stehen insgesamt 45 Schulen für angehende Leistungs- und Spitzensportler zur Verfügung. Darüber hinaus sollen alle Schulen Spitzensportler individuell und flexibel fördern.

Sollen die selbst gesteckten Ziele der sportpolitischen Führung erreicht werden, müssen die Anstrengungen deutlich verstärkt werden. Im Jahr 2015 verfügt NRW über ein flächendeckendes Netz spitzensportfreundlicher Schulen und sportbetonter Klassen.

Umsetzung

- Die Ganztagschulen bieten künftig in Kooperation mit Sportvereinen und engagierten Eltern eine tägliche Sport- und Bewegungsstunde an. Der Bewegungsdrang der Kinder wird gestillt, kognitive Anregung ist die Folge. Das Erlernen verschiedener Sportarten und Bewegungstechniken, beispielsweise Schwimmen, ist verpflichtend. Ausfallende Sportstunden, pädagogisch unterqualifizierte Lehrkräfte und mangelnde Fitness bei Kindern und Jugendlichen gehören 2015 der Vergangenheit an.
- Land und Kommunen modernisieren und renovieren bestehende Sportanlagen. In kreativer Zusammenarbeit mit Sponsoren, Investoren und Sportorganisationen entstehen darüber hinaus neue Sportzentren mit Raum für Freizeit- und Breitensport.
- Stärkung des ehrenamtlichen Engagements in Sportvereinen. Sonderurlaub für ehrenamtliche Tätigkeiten ist förderungswürdig.
- Jugendbildungsreferenten der Sportverbände in NRW sind wichtige Katalysatoren und Multiplikatoren der Jugendarbeit in den Sportvereinen. Ihr Wirkungsbereich wird dadurch deutlich erweitert, dass ein landesweites Netz von lokalen ehrenamtlichen Ansprechpartnern aufgebaut wird, die die Ideen weiterverbreiten und

sich um deren Umsetzung kümmern. Das Land und die Sportorganisationen schaffen so in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen und Vereinen in allen Kreisen und Städten ein wesentlich breiteres und verbessertes Angebot.

- Das Verbundsystem Schule und Leistungssport soll flächendeckend ausgebaut sowie inhaltlich und organisatorisch perfektioniert werden. Die kostenpflichtigen Internatsplätze an den Eliteschulen stehen ohne Kostenbarriere allen Talenten offen, da sie je nach Einkommenssituation gefördert werden. Auch die Profivereine stellen dafür erhebliche Mittel bereit.
- Das gesamte System steht und fällt mit der Anzahl und Qualität des pädagogischen und sportlichen Fachpersonals. Das Land stellt eine genügend große Zahl sportlich vorgebildeter und interessierter Lehrkräfte für Unterricht, Hausaufgabenbetreuung sowie Stütz- und Förderunterricht der Sporttalente zur Verfügung. Die Zahl der Trainerinnen und Trainer an den Stützpunkten, Leistungs- und Trainingszentren der Verbände und Vereine wird deutlich erhöht. Neben den Hauptberuflichen sollten auch Ehrenamtliche einen erheblichen Beitrag leisten. Die qualifizierte Ausbildung dieser Spitzentrainer an speziell eingerichteten oder reaktivierten Akademien wird sichergestellt.

4.3 Kultur in ihrer ganzen Vielfalt

Leitidee: NRW – Kulturelles Powerhouse

Bis zum Jahr 2015 ist Nordrhein-Westfalen ein kulturelles Kraftzentrum von deutschem und europäischem Rang. Als bevölkerungsreiche, multikulturelle, vielfältige, sozial vielschichtige und wirtschaftlich starke Region bringt das Land dafür die besten Voraussetzungen mit. Auf die Avantgarde aus Kunst und Kultur übt NRW eine starke Anziehungskraft aus. Die kulturelle Infrastruktur – z.B. Theater, Museen, Bibliotheken und Kulturzentren – wird gestärkt. Etablierte Hochkultur und provokantes Experiment existieren nebeneinander und stehen im regen Austausch. Kultur kommt aus der Mitte der Gesellschaft. Sie animiert, inspiriert und motiviert. Bis 2015 hat das Land mit seinen Bürgerinnen und Bürgern und seinen Kulturpartnern die politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen für diese Entwicklung geschaffen.

Kultur ist ein wichtiger Wirtschafts- und Arbeitsmarktfaktor. Kultur schafft und sichert Beschäftigung. In diesem Sinne braucht der Standort NRW aktive Nachwuchsförderung.

Das Industrie- und Wirtschaftsland Nordrhein-Westfalen ist durch die Integration von Zuwanderern in mehr als 2000 Jahren zu einer der reichsten Kulturregionen Europas geworden. Die Menschen Nordrhein-Westfalens haben in der Vielfalt gemeinschaftliche Identität entwickelt. Diese Gemeinschaft in der Vielfalt gilt es zu bewahren und für die Zukunft zu sichern.

Kulturproduktion vernetzen, Kulturförderung deregulieren

Kultur bedarf der staatlichen und verstärkten privaten Förderung und Koordination, was nicht dazu führen darf, Kreativität in Bürokratie und Dirigismus zu ersticken. Auch in Zukunft darf das Land nicht aus seiner Verantwortung für die kulturelle Daseinsvorsorge entlassen

werden. Die Art und Weise allerdings, wie sie dieser Verpflichtung nachkommt, wird sich verändern. Ein Schwerpunkt der Förderung liegt in Zukunft auf kreativen Eigeninitiativen sowie innovativen Produktions- und Finanzierungsmodellen.

Eine entscheidende Säule bildet das bürgerschaftliche Engagement. Zum Vergleich: In den USA waren im Jahr 2001 650 Bürgerstiftungen – so genannte community foundations – mit einem Vermögen von 65 Mrd. US-Dollar registriert. In Deutschland dagegen existieren lediglich etwa 60 Bürgerstiftungen; mehr als die Hälfte davon befinden sich in NRW, sie repräsentieren ein Vermögen von ca. 18 Mio. EUR. Auch hier geht es darum, neue Finanzierungsmodelle für einen anspruchsvollen Kulturbetrieb zu schaffen. Zugleich öffnet diese Form von Engagement Türen für mehr bürgerschaftliche Mitsprache in der Kulturpolitik.

Ziel I – Kulturpolitisches Netzwerk

Alle Kulturträger und Kulturproduzenten (Bürgerschaft, Kultursektor, Staat und Wirtschaft) schließen ein Bündnis im Sinne einer kulturpolitischen Allianz. Dieses Kulturnetzwerk gibt sich eine gemeinsame Plattform und entwickelt überzeugende Konzepte für eine Profilierung der Kulturlandschaft NRW. Es knüpft an die von der Landesregierung 2001 ins Leben gerufene Landeskulturkonferenz an, die dort entwickelten Ideen und Ansätze werden aufgegriffen. Auf dieser Grundlage werden überzeugende Gesamtkonzepte der kulturpolitischen Aktivitäten entwickelt (Koordination, Vernetzung, Entbürokratisierung, nachhaltige Finanzierung, bürgerschaftliches Engagement, kulturelle Bildung, identitätsstiftende Ereignisse, Raumplanung, Kultur als Freizeit und Tourismusfaktor).

Ziel II – Bürgerschaftliches Engagement

Kultur muss Bürgerinnen und Bürger erreichen, für sie fassbar und erfahrbar sein. Zugleich müssen sie Verantwortung übernehmen, Kultur aktiv zu fördern und mitzugestalten. Bürgerschaftliches Engagement wird deshalb eine tragende Säule zeitgemäßer Kulturpolitik und -förderung. Die Spanne reicht von Stiftungswesen, Kunst- und Kulturvereinen, Public-Private- und Public-Public-Partnership bis hin zu individuellen Förderungs- und Beteiligungsformen.

Laienkultur, mit ihrer positiven Auswirkung auf Menschen, die selbst kreativ werden, aber auch auf deren Nutznießer, ist wichtiger Bestandteil des kulturellen Lebens in NRW. Sie bedarf der entsprechenden Würdigung und Förderung.

Ziel III – Kunstfreiheit stärken, Synergien nutzen

Durch die Entbürokratisierung der Kulturverwaltung und die Vereinfachung komplizierter Regelwerke sowie zeitaufwendiger Antragsverfahren soll die Förderung von Kulturprojekten schneller und effizienter werden. Es wird eine – auch internetgestützte – Plattform eingerichtet, die an bestehende Initiativen der Landesregierung (Kulturserver, „Dschungelbuch“) anknüpft und auf der die landesweit bestehenden Initiativen präsentiert, gebündelt und transparent gemacht werden. Beispiele: der Kulturrat NRW, die Kulturpolitische Gesellschaft, die Kunst- und die Filmstiftung NRW; auch die Aktivitäten aus den zehn Kulturregionen in NRW sowie Initiativen der Landschaftsverbände mit dem Kulturatlas Westfalen treten hier auf. Außerdem sollen alle, die an konkreten Kulturbündnissen interessiert sind, auf dieser Service-Plattform ihren passenden Partner finden.

Ziel IV – Neue Finanzierungsmodelle

Ohne eine gesicherte öffentliche Grundfinanzierung ist Kultur gefährdet. Der Anteil nichtstaatlicher Finanzierungsmodelle muss systematisch erschlossen werden. Wegweisend erscheinen hier neben Stiftungen und klassischem Mäzenatentum: marktbasierter Förderfonds, Risikokapitalmodelle, Social Sponsoring, Public-Private- und Public-Public-Partnerships.

Ziel V – Kulturförderung verpflichtet: Künstler in die Schulen

Aus Kulturförderung erwächst die Verantwortung des Kunstschaffenden, neben der eigentlichen Kunstproduktion sein künstlerisches Wissen in die Gesellschaft zurückzutragen. Kulturschaffende und Kulturinstitutionen müssen ein Bündnis mit den Kindergärten, Schulen und sonstigen (Aus-)Bildungseinrichtungen im Land eingehen, um kulturelle Erfahrungen in Klassenzimmer und Ausbildungsräume hineinzubringen.

Ziel VI – Kultur schafft Identität: Identität braucht Ereignisse

Das Land braucht kulturelle Ereignisse von großer Strahlkraft. Spektakuläre und sich selbst finanzierende Kunstaktionen (z.B. Christo-Verhüllungen, MoMa-Präsentation in Berlin oder das Centre Pompidou in Paris) erzeugen Aufbruchstimmung und erreichen Menschen, die sonst eher der Kunst abgewandt sind. Neben der Ruhr- und der Musiktriennale Köln und hochkarätigen Festivals in anderen Städten sollen weitere hochklassige Reihen entwickelt werden.

Ziel VII – Die Stadt als Bühne: Kultur als Raumplanungs-, Freizeit- und Tourismusfaktor

Konzepte der Stadtentwicklung sind darauf auszurichten, den öffentlichen Raum durch kulturelle Veranstaltungen oder mit Festivals und Events zu gestalten und zu beleben. Die Aufwertung der Innenstädte und ihre fantasievolle Nutzung für kulturelle Angebote und Freizeitaktivitäten ist praktische Kulturförderung. Kunst und Kultur sind wichtige Bestandteile der Freizeit- und Urlaubsgestaltung. Deshalb müssen die vorhandenen Kulturräume besser erschlossen und kommuniziert werden. Kultur und die Verknüpfung kultureller Wirkungs- und Ereignisstätten brauchen Mobilität. Infrastruktur und Verkehrskonzepte müssen dies aktiv unterstützen.

Umsetzung

- Als Basis für Wandel und Neuanfang werden in einer unabhängigen und umfassenden NRW-Kulturstudie bestehende Kulturangebote, ihre Struktur und Wahrnehmung kartografiert. Defizite werden benannt, Potenziale und mögliche Entwicklungslinien aufgezeigt. Ein internationales Benchmarking von Kulturpolitik, Kulturförderung und kulturellen Infrastrukturen beleuchtet erfolgreiche Praktiken und überprüft sie auf ihre Tauglichkeit und Finanzierbarkeit für Nordrhein-Westfalen. Dies erfolgt in enger Abstimmung mit der Arbeit der im Juli 2003 vom Bundestag eingesetzten Enquetekommission „Kultur in Deutschland“. Diese will innerhalb von zwei Jahren eine umfassende Beschreibung des Kulturlebens in Deutschland liefern.
- Die Kunststiftung NRW dient als Initialmodell und Inkubator für weitere Kulturstiftungen. Neben Land, Kommunen, Sparkassen und Volks- und Raiffeisenbanken in NRW können sich Wirtschaftsunternehmen und Privatpersonen an Stiftungen beteiligen. Unternehmen, die der Stiftung beitreten, können ihr Engagement nutzbringend für Eigenwerbung einsetzen.
- Die Kunststiftung NRW richtet eine – ebenfalls internetgestützte – Service-Plattform ein. Kernaufgaben sind dabei die internetgestützte Vernetzung vorhandener Angebote, die Vermittlung von Kulturpartnern, die Beratung im Bereich Kulturmarketing und die Nachwuchsförderung. Medienwirtschaft und Unternehmen aus der Mobilkommunikation bauen zusätzlich ein multimediales Cultural Positioning System (CPS) als weiteren Zugangsweg auf. Das System dient als elektronischer Kulturwegweiser für NRW. Es wird sichergestellt, dass möglichst viele Zugangsmöglichkeiten bestehen.
- Gemeinsam mit den Bildungsträgern und der Kulturwirtschaft fördert das Land den Aufbau eines Bildungsweges Kulturmanagement.
- Als Kultur- und Wirtschaftsfaktor spielt die Medienwirtschaft eine Schlüsselrolle für den Strukturwandel in NRW. Der Bündelung der Aktivitäten in diesem Bereich kommt deshalb hohe Priorität zu.
- Ein „NRW-Kulturforum“ soll als landesweite Fest- und Konferenzveranstaltung die Idee der Kultur-Stiftung des Landes und des dazugehörigen starken Netzwerks populär machen und dabei die Bürgerbeteiligung deutlich zum Ausdruck bringen. Ein „NRW-Kulturforum“, veranstaltet im Herzen Nordrhein-Westfalens – etwa auf dem Gelände des Weltkulturerbes der Zeche Zollverein Essen –, demonstriert damit zugleich den engen Zusammenhang von Arbeit und Kultur in NRW.

Der Zukunftsrat NRW



Der Zukunftsrat des Landes Nordrhein-Westfalen wurde auf Beschluss der Landesregierung im Sommer 2001 ins Leben gerufen. Seine Mitglieder sind Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, aus Kirchen, Kultur und Medien, Sport, Gewerkschaften und dem Umweltschutz (s. S. 46f). Aufgabe des Zukunftsrates war es, Handlungsempfehlungen für eine zukunftsfähige Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen zu entwickeln und Impulse für die inhaltliche und konzeptionelle Orientierung des Agenda 21-Prozesses zu geben. Wesentliche Zielkoordinate ist das Jahr 2015 und perspektivisch 2030.

Der Zukunftsrat hat vier Arbeitsgruppen gebildet: Ressourcenproduktivität, Zukunftstechnologien und neue Arbeitsplätze; Bildung und Fortbildung; Bevölkerungsentwicklung; Lebenswertes NRW. Ihre Arbeit spiegelt sich in den Kapiteln des Berichts wider. Der Zukunftsrat wurde von einer Reihe von Personen und Institutionen unterstützt (s. S. 46f).

Der Zukunftsrat hat in 13 Plenumsitzungen und einer Reihe von Arbeitsgruppensitzungen den vorliegenden Bericht erarbeitet und am 25.02.2004 verabschiedet. Er wurde am 18.03.2004 der Landesregierung übergeben und der Öffentlichkeit präsentiert.

Der Zukunftsrat fordert die Landesregierung auf, für die Umsetzung der Empfehlungen Sorge zu tragen und zu diesem Zweck in einen Dialog mit den jeweiligen gesellschaftlichen Gruppen zu treten.

Die Landesregierung überprüft in regelmäßigen Abständen die Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlungen des Zukunftsrates. Im Zuge dessen nimmt sie gegebenenfalls Anpassungen der Ziele im Sinne des Berichts vor.



Mitglieder des Zukunftsrates NRW

Prof. Dr. Ursula Boos-Nünning

Professorin für Migrationspädagogik,
Universität Duisburg-Essen
(Leiterin der Arbeitsgruppe 2)

Renan Demirkan

Künstlerin

Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann

Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn
(stellvertretende Vorsitzende des Zukunftsrates NRW,
Mitglied der Arbeitsgruppe 3)

Jochen Flasbarth

Abteilungsleiter für Naturschutz und nachhaltige Natur-
nutzung im Bundesministerium für Umweltschutz, Natur-
schutz und Reaktorsicherung
(Mitglied der Arbeitsgruppe 1, Leiter der Arbeitsgruppe 4)

Dr. Thomas Fues

Eine-Welt-Beauftragter der Landesregierung NRW
(Mitglied der Arbeitsgruppe 1)

Dieter Henrici

Präsident der Industrie- und Handelskammer Arnsberg

Annette Hering

Unternehmensgruppe Hering Bau
(Mitglied der Arbeitsgruppe 3)

Gerburg Jahnke

Künstlerin, Missfits

Dr. Jürgen Kluge

Deutschlandchef der McKinsey & Company, Inc.
(Leiter der Arbeitsgruppe 1)

Dr. Kora Kristof

Leiterin der Abteilung Energie im Wuppertal Institut für
Klima Umwelt Energie GmbH
(Mitglied der Arbeitsgruppen 1 und 3)

Johannes Lackmann

Präsident des Bundesverbandes Erneuerbare Energien
(BEE)
(Mitglied der Arbeitsgruppe 1)

Ewald Lienen

Fußballtrainer
(Mitglied der Arbeitsgruppe 4)

Prof. Jeanine Meerapfel

Filmregisseurin und Drehbuchautorin

Prof. Dr. phil. Franz Nuscheler

Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF)
in Duisburg

Fritz Pleitgen

Intendant des Westdeutschen Rundfunks,
stellv. Vorsitzender der ARD
(Mitglied der Arbeitsgruppe 4)

Prof. Dr. Marga Pröhl

Leiterin des Themenfeldes Demokratie und Bürger-
gesellschaft der Bertelsmann-Stiftung
(Mitglied der Arbeitsgruppe 2)

Prof. Dr. Friedrich Schmidt-Bleek

Präsident des Faktor-10-Instituts
(Vorsitzender des Zukunftsrates NRW)

Marion Schmidt-Wefels

Stellvertretende Betriebsratsvorsitzende
ThyssenKrupp Nirosta
(Mitglied der Arbeitsgruppe 2)

Präses Nicolaus Schneider

Präses der ev. Kirche im Rheinland
(Mitglied der Arbeitsgruppe 3)

Dr. Michael Schulenburg

Vorsitzender des Verbandes der Chemischen Industrie
NRW
(Mitglied der Arbeitsgruppe 1)

Britta Steilmann

B.S.S.D. Britta Steilmann Sustainable Development GmbH & Co KG

Lena Strothmann

Präsidentin der Handwerkskammer Ostwestfalen-Lippe zu Bielefeld
(Mitglied der Arbeitsgruppe 2)

Dipl.-Ing. Gerd Tenzer

ehem. Mitglied des Vorstandes der Deutschen Telekom AG
(Mitglied der Arbeitsgruppe 1)

Lutz Weischer

Landesjugendsprecher der BUND-Jugend NRW
(Mitglied der Arbeitsgruppe 1)

Dr. Loretta Würtenberger

Partnerin Blue Corporate Finance GmbH & Co KG
(Mitglied der Arbeitsgruppe 2)

Dr. Jürgen Zech

ehem. Vorstandsvorsitzender der Gerling Versicherungs-Beteiligungs-AG
(stellvertretender Vorsitzender des Zukunftsrates NRW,
Leiter der Arbeitsgruppe 3)

| | |
|------------------|--|
| Arbeitsgruppe 1: | Ressourcenproduktivität, Zukunftstechnologien und neue Arbeitsplätze |
| Arbeitsgruppe 2: | Bildung und Fortbildung |
| Arbeitsgruppe 3: | Bevölkerungsentwicklung |
| Arbeitsgruppe 4: | Lebenswertes NRW |



Danksagung

Für die redaktionelle Bearbeitung des Berichts dankt der Zukunftsrat Bert Beyers, freier Journalist.

Die Arbeit des Zukunftsrates NRW wurde von einem Kernteam der Arbeitsgruppe Ressourcenproduktivität, Zukunftstechnologien und neue Arbeitsplätze unterstützt, das aus folgenden Personen bestand:

Wuppertal Institut: Dr. Holger Wallbaum

McKinsey: Annika Farin, Peter Weigang, Alexandra Wittig
Institut der deutschen Wirtschaft Köln: Dr. Gerhard Voss, Thomas Puls

Deutsche Telekom: Dr. Hans-Peter Quadt

MUNLV: Ernst-Christoph Stolper, Hans-Christoph Boppel, Sabine Lehmann, Julia Alberts

Des Weiteren dankt der Zukunftsrat NRW folgenden Experten und Expertinnen sowie Institutionen für ihre Beiträge und Unterstützung:

Prof. Dr. Gerhard Bäcker, Universität Duisburg

Dr. Axel Born, McKinsey & Company, Inc.

empirica, Berlin

Dr. Dieter Ewringmann, Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln

Dr. Hartmut Fischer, Arthur D. Little

Renate Hendricks, Vorsitzende des Bundeselternrates

Dr. Yasemin Karakaşoğlu, wissenschaftliche Mitarbeiterin interkulturelle Pädagogik der Universität Duisburg-Essen, Standort Essen

Wilfried Lohre, Bertelsmann Stiftung

Prof. Dr. Thomas Rauschenbach, Direktor des Deutschen Jugendinstituts in München

Kai Schlegelmilch, Bundesministerium für Umweltschutz, Naturschutz und Reaktorsicherung

Cornelia Stern, Bertelsmann Stiftung

Günter Tebbe, Bertelsmann Stiftung

Der Zukunftsrat NRW dankt den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Landesregierung für die großzügige Unterstützung und Beratung.

Der Zukunftsrat NRW dankt Julia Alberts, Geschäftsstelle Agenda 21 NRW im Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes NRW, für die Unterstützung der Arbeit des Zukunftsrates.

Impressum

Herausgeber:

Landesregierung NRW
Ministerium für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen (MUNLV)
Schwannstr. 3
40476 Düsseldorf
www.agenda21nrw.de

Verantwortlich i.S.d.P.:

Ernst-Christoph Stolper

Grafik, Satz und Produktion:

steinrücke+ich, Köln

Titelfoto:

www.photocase.de

Druck:

media team, Erfstadt

